31. Jahrgang. Dienstag, 28. Februar. Abend-Ausgabe.

Danziger Zeitung.

NEC TEMERE NEC TIMIDE

№ 16945.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Ketterhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Wien, 28. Febr. (W. T.) Der Verwaltungsrath der Creditanstalt beschloß, die Vertheilung einer Dividende von dreizehn Gulden, Dotirung des Reservefonds mit 370 900 und Uebertragung eines Gewinnrestes von ca. 233 000 auf das laufende Jahr vorzuschlagen.

Vom Kronprinzen.

Soweit das officielle Bulletin von der Untersuchung des Kronprinzen durch Prof. Kußmaul Notiz nimmt, ist das Ergebniß in hohem Grade erfreulich; die Befürchtungen des Herrn v. Bergmann, daß die Lunge afficirt sei, Befürchtungen, zu deren Organ sich die „Nat.-Ztg.“ gemacht hatte, sind als grundlos nachgewiesen. Dagegen wird, wie schon gemeldet, anderweitig aus dem Gutachten Kußmauls, von welchem der Reichskanzler vorgestern dem Kaiser Mittheilung gemacht hat, angeführt, die mikroskopische Untersuchung des Auswurfes, welche in den letzten 14 Tagen stattgefunden, habe Verdächtiges ergeben; mit anderen Worten zu der Annahme geführt, daß die **Wucherung im Kehlkopf** in der That **bösartiger Natur** sei. Da über diese Frage zwischen den Aerzten Uneinigkeit bestehe, so sei in Abwesenheit Virchows Prof. Waldeyer in Berlin mit der nochmaligen Begutachtung beauftragt. Immerhin scheint damit die weitverbreitete Befürchtung einer in naher Zeit bevorstehenden Krisis im Befinden des Kronprinzen widerlegt zu sein, während allerdings die Aussichten auf vollständige Heilung des Kranken außerordentlich gering sein würden.

Unser Berliner △-Correspondent schreibt von gestern:

„Es ist bereits gemeldet worden, daß in Hofkreisen bezüglich der Krankheit des Kronprinzen eine tief ernste Stimmung herrscht. Nichtsdestoweniger wird von dort aus darauf hingewiesen, daß man auch nicht zu schwarz gefärbten Berichten Glauben schenken möge. Von einer Berufung der berühmten Münchener Autorität Professor Ziemmsen wäre nur ganz beiläufig gesprochen worden; beschlossen ist dieselbe nicht. Am Hofe richtet sich alle Hoffnung auf die Möglichkeit, die Kräfte zu heben.“

Ferner ist uns heute folgendes Telegramm zugegangen:

San Remo, 27. Februar, Nachts 11½ Uhr. (W. T.) Der Kronprinz verbrachte heute einen guten Tag; der Husten hat nachgelassen, auch der Auswurf hat sich verringert. Nachmittags ging der Kronprinz eine Zeit lang auf dem Balkon spazieren.

Politische Uebersicht.

Danzig, 28. Februar.

Eine beachtenswerthe Pariser Stimme.

Ein gestern in Berlin eingetroffener Pariser Brief enthält eine beachtenswerthe Mittheilung, welche die „Kreuzztg.“ mittheilt. Danach hat Clémenceau bei einer am Freitag erfolgten Begegnung mit dem Minister des Aeußeren demselben unter anderem erklärt, Frankreich könne weder ein Interesse an dem Verbleiben des Prinzen Ferdinand in Bulgarien haben, noch an seiner Vertreibung; **Frankreichs Interesse müsse lediglich auf Seiten der Unabhängigkeit Bulgariens** stehen und sich mithin hüten, in dieser Angelegenheit einen Druck auf auf die Pforte auszuüben. Flourens soll darauf erwiedert haben, er gedenke nicht, sich in dieser Angelegenheit von der Auffassung Englands zu trennen.

Bestätigt sich die Mittheilung, und wir haben noch keine Veranlassung sie anzuzweifeln, so ist sie ein neuer Beweis dafür, daß der Pariser Witterungsanzeiger nicht mehr vorherrschend von den Petersburger Luftströmungen beeinflußt wird. Auch unter den Radicalen der französischen Hauptstadt mehrt sich die **Stimmung gegen eine Betheiligung Frankreichs an einem Kriege wider Deutschland oder Oesterreich**, und die Aussichten des Rußland ergebenen Floquet sollen in den letzten Tagen sehr ungewisse geworden sein.

Der Kampf um die Volksschule,

den Hr. Dr. Windthorst bereits im vorigen Jahre angekündigt hatte, ist jetzt durch den von der Centrumspartei des Abgeordnetenhauses eingebrachten Antrag eröffnet worden, der angeblich den zweiten Absatz des Art. 24 der Verfassung: „Den religiösen Unterricht in der Volksschule leiten die betreffenden Religionsgesellschaften“ zur Wahrheit machen will. Der Antrag Windthorst fordert die Regierung auf, einen diesbezüglichen Gesetzentwurf vorzulegen, in welchem folgende „Rechte“ der Religionsgesellschaften Anerkennung finden sollen:

1. In das Amt des Volksschullehrers dürfen nur Personen berufen werden, gegen welche die kirchliche Behörde in kirchlich-religiöser Hinsicht keine Einwendung gemacht hat. Werden später solche Einwendungen erhoben, so darf der Lehrer zur Ertheilung des Religionsunterrichts nicht weiter zugelassen werden.

2. Diejenigen Organe zu bestimmen, welche in den einzelnen Volksschulen den Religionsunterricht zu leiten berechtigt sind, steht ausschließlich den kirchlichen Obern zu.

3. Das zur Leitung des Religionsunterrichts berufene kirchliche Organ ist befugt, nach eigenem Ermessen den schulplanmäßigen Religionsunterricht selbst zu ertheilen oder dem Religionsunterrichte des Lehrers beizuwohnen, in diesen einzugreifen und für dessen Ertheilung den Lehrer mit Weisungen zu versehen, welche von letzterem zu befolgen sind.

4. Die kirchlichen Behörden bestimmen die für den Religionsunterricht und die religiöse Uebung in den Schulen dienenden Lehr- und Unterrichtsbücher, den Umfang und Inhalt des schulplanmäßigen religiösen Unterrichtsstoffes und dessen Vertheilung auf die einzelnen Klassen.

Eines Commentars bedürfen diese Forderungen nicht. Ein Staat, der im Wege des Gesetzes den Religionsgesellschaften einen so weitgehenden Anspruch auf die Beherrschung der Volksschule einräumen wollte, daß kein Lehrer ohne die dauernde Zustimmung der kirchliche Behörde angestellt werden und wirken darf, würde auf die Volksschule als staatliche Veranstaltung verzichten. Die nächste Folge einer solchen Schulpolitik würde die sein, daß der Ruf nach dem Ausschluß des Religionsunterrichts aus der Volksschule auch da ein Echo finden würde, wo man zur Zeit in dieser Forderung eine Art Blasphemie sieht.

Soviel steht übrigens fest, daß es sich bei diesem Antrage keineswegs um einen auf den Augenblick berechneten Schachzug handelt, sondern um **ein Programm für die Fortsetzung und Wiederbelebung des kirchenpolitischen Kampfes.** Zur Begründung der Anträge wird in kurzem eine Broschüre des Abg. Rintelen erscheinen, welche aus der Geschichte der preußischen Unterrichtsgesetzgebung nachweisen soll, daß die Forderungen, welche der Antrag Windthorst aufstellt, vor kürzerer oder längerer Zeit im preußischen Unterrichtsministerium als berechtigt anerkannt worden sind. Wenn das richtig ist, so würde das ein Grund, die früheren Unterrichtsminister zu tadeln, nicht aber ein Beweis sein für die Berechtigung der ultramontanen Forderungen.

Von nicht geringem Interesse ist ferner die Frage, ob der Antrag **mit Zustimmung der Curie** eingebracht worden ist. Angesichts der Stellung, welche Leo XIII. zum Theil durch die Schuld der Regierung zu der inneren preußischen Politik eingenommen hat, ist kein Anlaß, daran zu zweifeln, daß die Wortführer des Centrums sich der zum mindesten stillschweigenden Billigung des Antrags vor Einbringung desselben versichert haben. Und damit ist ein Anhaltspunkt zur Beurtheilung der **Erfolge** gegeben, welche der Staat bei den wiederholten **Kniebeugungen vor dem päpstlichen Stuhl** erreicht hat.

In einer Hinsicht freilich dürften die Windthorst'schen Anträge auch für den Staat nicht ohne Interesse sein. Man weiß, welch heftigen Kampf es gekostet hat, ehe die Curie sich mit dem Rechte des Staates befreundete, gegen die Ernennung von Pfarrgeistlichen Einspruch zu erheben. Der Antrag Windthorst verlangt nicht nur, daß die Staatsbehörden verpflichtet sein sollen, keinen Volksschullehrer anzustellen, gegen welchen von der kirchlichen Behörde Einspruch erhoben würde, er will auch, daß lediglich eine Erklärung der kirchlichen Behörde genügen soll, um einen bereits im Amt befindlichen Lehrer von der Ertheilung des Religionsunterrichts auszuschließen. Nach dieser Richtung hin wäre also die Anzeigepflicht zu erweitern.

Die Petition gegen die Berliner Productenbörse.

Im Reichstage soll unter allen Umständen noch vor Schluß der Session eine Discussion der Beschwerden gegen die Berliner Productenbörse stattfinden, selbst wenn der Bericht über die bezüglichen Verhandlungen der Petitionscommission nicht rechtzeitig an das Plenum gebracht werden sollte. Diese Absicht ist nur zu billigen. Hoffentlich aber werden, bemerkt dazu die „Lib. Corresp.“, diejenigen Mitglieder, welche sich auf den Standpunkt der Petenten stellen, das thun, was diese für überflüssig gehalten haben; nämlich Beweise für die Behauptung beizubringen, daß an der Berliner Productenbörse seitens der Schiedsgerichte schlechtes Getreide zugelassen würde, und vor allem zu sagen, wann und zu wessen Gunsten solche Entscheidungen erfolgt sind. Die Petition legt besonderes Gewicht darauf, daß Gerste und Hafer als lieferungsfähig bezeichnet würden, die nicht oder nur mit großem Verlust verwendbar seien. Die Petenten scheinen nicht zu wissen, daß beide Getreidearten zum größten Theile garnicht vermittelst der Börse in die Hände der Consumenten gelangen. Die größten Consumenten, die Brauereien und die Fuhrgeschäfte, kaufen Gerste bez. Hafer theils direct vom Producenten, theils von Handelsfirmen. Die Pferdebahn- und Omnibusgesellschaften beschaffen ihren Hafer auf dem Wege der Submission. Weizen und Roggen werden allerdings im Termingeschäft gehandelt. Die Behauptung, daß der Preis durch das Angebot schlechter Waare gedrückt werde, ist schon deshalb eine irrthümliche, weil bei der Abwickelung der Termingeschäfte der Verkäufer gezwungen ist, die Waare effectiv zu liefern, der Käufer, sie effectiv zu nehmen. Für die Lieferung dieser effectiven Waare aber kommen nur gute Qualitäten in Betracht, wie das die Schlußzettel der Berliner Productenbörse für Weizen und Roggen ergeben. Wenn die Agrarier also im Plenum kämpfen wollen, so mögen sie sich mit Namen und Zahlen bewaffnen. „Seichte Phrasen“, wie Herr v. Puttkamer sagt, beweisen nichts.

Deutscher Vertrag mit Ecuador.

Dem Bundesrathe ist ein Freundschaftsvertrag zwischen dem deutschen Reiche und dem südamerikanischen Freistaat Ecuador zur Beschlußfassung zugegangen und bereits an den betreffenden Ausschuß zur Vorberathung überwiesen. Schon im Jahre 1886 hatte die Regierung des letzteren Staates den Abschluß eines Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrages mit dem Reich in Anregung gebracht. Nachdem die bei dem Handel mit dem Freistaate interessirten deutschen Handelskreise bezüglich etwaiger bei den Verhandlungen zu berücksichtigender Wünsche gehört worden waren, erklärte sich die deutsche Regierung bereit, auf die Anregung einzugehen. Zur Führung der Verhandlungen wurde, da eine diplomatische Vertretung des Reiches in Ecuador zur Zeit nicht besteht, die vorübergehende Anwesenheit des bei der Regierung der vereinigten Staaten von Amerika und bei verschiedenen europäischen Höfen beglaubigten ecuadorianischen Gesandten in Berlin benutzt. Hierbei ergab es sich indessen, daß ein ausführlicher Vertrag, welcher den von den deutschen Interessenten geäußerten Wünschen nach allen Richtungen entsprochen hätte, überhaupt nicht, oder doch nicht ohne Rückfrage des Unterhändlers bei seiner Regierung in Quito zu erreichen gewesen wäre. Dadurch aber wäre im besten Falle der Abschluß eines Vertrages in weite Ferne gerückt worden, eine Verzögerung, die umsomehr zu vermeiden war, als der Gesandte des Freistaates mit einer Anzahl europäischer Staaten Handelsverträge theils bereits abgeschlossen hatte, theils abzuschließen im Begriff stand. In erster Linie aber mußte es unserer Regierung darauf ankommen, diejenigen Vortheile, welche Ecuador etwa anderen Mächten gewährt, auch für Deutschland vertragsmäßig zu sichern und so für unsere Handelskreise die gleichen Bedingungen des Wettbewerbes zu schaffen. Für diesen Zweck mochte es, zumal unsere wirthschaftlichen Interessen in Ecuador noch keine größere Bedeutung erlangt haben, genügen, eine im wesentlichen auf die gegenseitige Zusicherung des Meistbegünstigungsrechtes sich beschränkende kurze Convention abzuschließen. Demgemäß wurde, da der ecuadorianische Unterhändler auf diesen Vorschlag einging, am 28. März 1887 von den beiderseitigen Bevollmächtigten das dem Bundesrathe zugestellte Abkommen unterzeichnet, dessen Ratification auf ecuadorianischer Seite inzwischen bereits erfolgt ist.

Auf Grund desselben würden die Vortheile der zwischen Ecuador und anderen Ländern bestehenden Verträge, insbesondere auch des mit Großbritannien im Jahre 1880 abgeschlossenen und im Jahre 1885 ratificirten ausführlichen Handelsvertrages uns in gleicher Weise zu gute kommen.

Pilgerempfang beim Papste.

Einer telegraphischen Nachricht aus Rom zufolge hat gestern der Papst die deutschen Pilger und die in Rom anwesenden (katholischen) Deutschen, zusammen etwa 1200 Personen, in einer feierlichen Audienz empfangen, welcher zwanzig Cardinäle beiwohnten. Der Bischof von Mainz verlas die Adresse in lateinischer Sprache, welche anläßlich des Jubiläums dem Papste die Glückwünsche und die Ehrerbietung der deutschen Katholiken ausspricht. Der Papst erwiederte, er kenne die Frömmigkeit der deutschen Katholiken und deren Liebe zum heiligen Stuhl. Sodann sprach der Papst über die Sache des Katholicismus, welche mit allen Kräften vertheidigt werden müßte, und gedachte der Einigkeit, mit welcher die Nationen ihm und der päpstlichen Macht anläßlich des Jubiläums so große Huldigungen gezollt hatten. Der Papst gedachte darauf seines Oberhirtenamtes und sagte: Wenn er nicht davon ablasse, stets aufs neue die ihm zustehenden Rechte in Anspruch zu nehmen, so geschehe dies, damit die Freiheit des Papstes allen Nationen zum Vortheil gereiche; er wolle den Deutschen (Katholiken) keine besonderen Belehrungen ertheilen, sie fänden solche in den Encykliken an die preußischen und baierischen Bischöfe. Möchten die deutschen Katholiken fortfahren, auch ferner für die Freiheit und Unabhängigkeit der Kirche zu wirken. Viel sei bereits, dank dem Wohlwollen des deutschen Kaisers und der Regierungen, in Preußen und in den anderen deutschen Staaten geschehen. — Hierauf empfing der Papst die Führer der Pilger.

Rußland und die bulgarische Frage.

Das den russischen Standpunkt präcisirende Communiqué des St. Petersburger „Reg.-Anz.“ liegt nunmehr im Wortlaut vor, indeß ist sein Inhalt durch den vorläufigen telegraphischen Bericht so erschöpfend behandelt worden, daß nichts Wesentliches mehr nachzutragen bleibt. Inzwischen hat der russische Botschafter in Konstantinopel, Herr v. Nelidow, der Pforte die bekannten Vorschläge bereits zur Kenntniß gebracht, und das Nämliche soll zu gleicher Zeit von dem deutschen und dem französischen Botschafter geschehen sein, während gleichzeitig, wie gestern erwähnt wurde, das „Journal de St. Pétersbourg“ es für wünschenswerth erklärt, daß alle Mächte sich dem von Rußland zu unternehmenden Schritte anschlössen. Hierzu schreibt nun die „Nordd. Allg. Ztg.“:

Von besonders lebhaften Scrupeln jenem Wunsche gegenüber scheint die „Riforma“ heimgesucht zu sein. Dem als Crispis Organ geltenden Blatte dünkt es unwahrscheinlich, daß der Prinz von Coburg, der wohl die Aussichten, welche ihm sein schwieriges Amt eröffnet, auf das sorgsamste abgewogen habe, sich nun von demselben gleich-

Stadt-Theater.

„Der Trompeter von Säkkingen“, von dem Autor ernstlich als „Oper“ bezeichnet, machte uns seinen diesjährigen ersten Besuch. Der Musiker als solcher hat, offen gesagt, wenig mit dem Werke zu thun, für ihn ist es ein Schaustück, in welchem die Musik ein mehr oder weniger indifferentes Accompagement bildet, obgleich diesmal sogar auf der Bühne componirt und vom Blatt gesungen wird — eine in der Oper unmögliche Illusion. Auszunehmen sind von jener Ansicht etwa die Lieder, die mit V. Scheffels Originaltext auf die Bühne gebracht werden, wohin sie jedoch als rein lyrische Producte von Rechts wegen nicht gehören; der Hörer nimmt sie durch denselben Vorwand hin, den Marie ihrer alten Base dabei macht, als „lauter lange, schöne Pausen“ nämlich im dramatischen Verlauf. Das „Schöne“ beschränkt sich freilich darauf, daß sie gut sangbar und melodisch leidlich ansprechend sind, etwas besser als z. B. Abt: an sich enthalten sie gar keine Bühnenmusik, ihre Beliebtheit hat den Weg durch den Salon auf die Bühne genommen, dort sind sie viel im Kreise lieber Bekannter gesungen, haben manchen Vorgang, manches Gefühl mit dem Reize des Gesanges und der Dichtung umgeben und werden nun gern auch einmal, von gewählten Stimmen kunstmäßig gesungen, von der Bühne herab wieder gehört. Die weiteren Erklärungsgründe für die Beliebtheit dieser sogenannten Oper — es ist in Wahrheit nicht mehr als ein Singspiel — sind nicht mehr musikalischer Natur, denn von irgend welcher Originalität dieser Musik kann garnicht die Rede sein, wenn man sie nicht etwa darin finden will, daß nirgends in ihr ein Vorbild erkennbar wird, das der Componist vor Augen gehabt hätte; seine Musik schöpft vielmehr aus dem breiten Strome dessen, was in der Musik zur Zeit gang und gebe ist, im Orchester bedient er sich mit gewandter Hand der conventionellen Effecte und paßt sie gut den wechselnden Situationen an, das ist aber auch alles: Höhenunterschiede der Erfindung, denen der Empfindung entsprechend, kennt diese Musik nicht, weil sie zu keiner Höhe der Empfindung hinauf kann, daher sie eben auch keine eigentliche Oper zu Wege bringt. Und wenn sie nur eine Operette wäre! Aber gerade rhythmisch ist sie arm, die Balletmusik ist geradezu das Schwächste an ihr und macht den Eindruck, als wenn dort der Componist selber dächte: wozu sollen die Theaterbesucher hier viel hören, sie haben ja genug zu sehen. Auf das, was in dem Stück zu sehen ist, rechnet Neßler überhaupt in dem nämlichen bescheidenen, nur nicht gerade musikalisch - dramatischen Sinne vielfach, und in der That sind es eine Reihe hübscher und geschickt herbeigeführter Bilder, die wir da zu sehen bekommen. Außerdem ist der Text sprachlich fein, welches allein schon eine Erholung von den Schrecken der Uebersetzungen ist, wie sie der Gebildete bei so vielen Opern und Operetten, leider immer noch und wahrscheinlich für immer auch bei Mozart durchzumachen hat, und dieser Text lehnt sich an eine in der Nation längst beliebte Dichtung an (dieselbe erschien 1853, die Oper 1884), so daß der Zuhörer die feinere Motivirung der hier dramatisirten Vorgänge aus der Erinnerung in diese hineinträgt, so stark dieselben in dieser Form auch alle historisch - gesellschaftliche und menschliche Wahrscheinlichkeit ignoriren: in den Vordergrund rückt hier allein herrschend die Ueberwindung von Standesgrundsätzen durch Liebe und Glück, ein Motiv, mit welchem man heut immer „populär“ ist.

Orchester, Gesang und Regie — alles ging am gestrigen Abend glatt und gut von Statten. Herr **Grahl** that sein Bestes mit dem Trompeter, und dieses Beste ist vieles Gute, wenn auch dessen nicht genug, um die Gestalt mit Glanz als den Mittelpunkt des Stückes erscheinen zu lassen. Frau **v. Weber** fand sich so gut es eben bei der musikalischen Unausgiebigkeit der Rolle möglich ist, mit der Marie ab und versuchte derselben Leben und Wahrheit zu verleihen, was nur gerade auf dem Höhepunkt der Empfindung durch die Dazwischenkunft des dummen Damian jeder Darstellerin unmöglich gemacht wird, der in dem Augenblick gerade aus der Operette herkommt, als sie von Schmerz gebrochen zusammensinkt, — eine wahrhaft schreiende Dissonanz, mit der der Textdichter unbegreiflich gerade in diesem psychologisch besten Momente der Dichtung ins Gesicht schlägt. Herr **Düsing** spielte und sang den Vater, Freiherrn v. Schönau sehr ansprechend und interessant: nur gerade in den tiefsten Tönen seines selten tiefen und an sich wohlklingenden Basses wartet die Deutlichkeit seiner Tonbildung noch auf fernere Studien. Fräul. **M. Bernhard** gab die vom Componisten leidlich charakteristisch gehaltene Gräfin völlig angemessen und gesanglich gut. Herr **Krieg** wurde mit bekannter Tüchtigkeit und Intelligenz dem Conradin gerecht und stand mit Herrn Düsing im Vordergrunde des Interesses. Herr **Sedlich** gab nicht gerade hervorragend den Haushofmeister in dem Vorspiel, welches übrigens als anschauliche Vorführung der Antecedentien einer guten Idee entsprungen ist. Herr **Thalheim** gab im Vorspiel den Rector magnificus, in der Oper den Grafen Wildenstein ganz verdienstlich, Herr **Schnelle** den Damian vielleicht doch etwas zu prononcirt possenhaft; es würde am Ende genügen, ihn nur als unglaublich unbedeutend zu geben, wobei der Darsteller freilich selbst darauf zu verzichten hätte, daß er so weit hervorträte, wie es hier der Fall war.

Nun: jede Zeit hat solche Opern gehabt, und jede wird sie haben — Opern, die kommen, ein paar Jahre, vielleicht ein Jahrzehent bleiben, und wieder gehen, nachdem ihre Grundlagen durch eine weitere Entwickelung der Kunst, die sie vielleicht gerade anregen helfen, ins Wanken gerathen sind: das Publikum verlangt inzwischen sie zu hören, heute um so mehr, als es an neueren Opern empfindlich fehlt; und eine Theaterdirection, die sie nicht auch einmal vorführte, würde immer noch einen Fehler machen: die uns'rige hat das Stück in allen Punkten auf das sorgfältigste vorbereitet. Wie wir hören, wird es Herr **Schlosser** in der Titelrolle zu seinem Benefiz geben, womit wir dem verdienten Künstler den besten Erfolg wünschen.

C. F.

müthig entfernen lassen würde, und die Staatsmänner, die seine Regierung stützen, würden das Versprechen Rußlands, versöhnlich sein zu wollen, gewiß auch nicht allzu vertrauensvoll entgegennehmen. Das Geringste, was also zu erwarten stehe, sei der Ausbruch eines Bürgerkrieges in dem jetzt ziemlich ruhigen Lande und in Folge des Bürgerkrieges eine bewaffnete Einmischung, deren Verhütung im Interesse des Friedens allen am Herzen liegen müsse.

Die Sprache einiger **russischer Tagesblätter** nimmt neuerdings wieder an Gereiztheit, insbesondere auch in Ansehung Deutschlands und des Reichskanzlers, zu. Einem dürren Pessimismus huldigen die „Nowosti", welche an der Möglichkeit zweifeln, daß eine Einigung der Mächte bezüglich der Desavouirung des Coburgers zu Stande kommen werde; nur Frankreich meine es mit Rußland aufrichtig, Deutschland spiele bloß den Liebenswürdigen, die übrigen Mächte seien direct feindlich. Indeß brüstet das Blatt sich mit der Kampfbereitschaft Rußlands, welche die übrigen Cabinette zur Nachgiebigkeit zwingen werde.

Die „Moskowskija Wodomosti" nörgeln speciell an dem Reichskanzler Fürsten Bismarck herum und vollführen, indem sie sich zu diesem Behufe sogar auf das historische Gebiet verirren, die seltsamsten Capriolen. Das Raisonnement des Moskauer Blattes läuft selbstverständlich auf eine Verherrlichung des Panslavismus hinaus, womit die Tendenz seines zu den minder haltbaren Tagesleistungen gehörenden Artikels hinlänglich charakterisirt erscheint.

Abgeordnetenhaus.

26. Sitzung vom 27. Februar.

Erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die **Kosten königlicher Polizeiverwaltungen in Stadtgemeinden.**

Abg. Zelle (freis.): Die Vorlage ist rein mechanisch ausgearbeitet. Die Frage, was denn Polizeikosten seien, beantwortet der Minister dahin: Es sind diejenigen, welche ich in den Etat schreibe, und wenn für mehrere zusammengefaßte Ortschaften zusammen bezahlt werden muß, dann lehne ich sehr ab, was jede einzelne zu bezahlen hat. Diese Art der Feststellung ist einfach, ob aber auch gesetzgeberisch richtig, muß dahingestellt bleiben. 1820 hielt man es für richtig, die Kosten so zu vertheilen, daß die Städte lediglich die Lokalitäten hergaben. 1850 unterschied man zwischen Personal- und sächlichen Kosten und noch 1885 sagte ein Regierungscommissar in unserer Gemeindecommission, die Regierung habe erwogen, die Städte 1/4 zu den Gesammtkosten heranziehen zu lassen. Indessen wegen des Bedenkens, die Städte zu schwer zu belasten, sei man später davon abgekommen. Also vor 3 Jahren hielt man ein Viertel noch für eine zu große Last für die Städte, jetzt hält man die Hälfte für angemessen. Nach den Motiven wird es dem Fiscus außerordentlich leicht gemacht, die Widersprüche der Städte zu beseitigen. Es heißt da: Die Gemeinden haben die Nothwendigkeit und Nützlichkeit mancher Ausgaben angefochten, wenn die Polizeiverwaltung die Mittel von den Gemeinden verlangte. Diese Streitigkeiten werden jetzt auf das einfachste erledigt. Die Gemeinde hat nicht mehr mitzureden, es wird einfach in den Etat hineingesetzt, was polizeilich gemacht und was dann bezahlt werden muß. Außerdem behält sich auch die Regierung vor, den Gemeinden Kosten aufzulegen, die nicht im Etat stehen, die aber im polizeilichen Interesse gefordert werden. Auch wir wünschen eine starke, wirkungsvolle, thatkräftige Polizei. Nur Phantasten oder Spitzbuben können an einer solchen Nothwendigkeit zweifeln. Das ist nicht der Polizeistaat, der eine solche starke Polizei besitzt. Wir nennen Polizeistaat eine Einrichtung, die es zuläßt, daß die Polizei sich anderer Gebiete bemächtigt, welche naturgemäß nicht in ihr Ressort, sondern der gewöhnlichen Verwaltung gehören. § 6 des Polizeiverwaltungsgesetzes, das ich vor allem für abänderungsbedürftig halte, zählt als Gegenstände des polizeilichen Ressorts auf: Schutz der Personen und des Eigenthums, Ordnung und Sicherheit des Verkehrs, Vereine und Versammlungen, Wirthshäuser und Restaurationen, Leben und Gesundheit, Feuergefahr, gemeinschädliche und gemeingefährliche Handlungen, Unternehmungen und Ereignisse überhaupt, Schutz der Felder u. s. w., und endlich steht noch dieser Aufzählung wörtlich als Generalclausel: „Alles, was im besonderen Interesse der Gemeinde und ihrer Angehörigkeiten polizeilich geregelt werden muß." Was bleibt denn da für die Communalbehörde übrig? Derartige Klagen sind auch schon oft zur Sprache gekommen. Das erste Mal, wo diese gehört, war es in einem Antrag der conservativen Partei vom Jahre 1856, worin es für dafür eintrat, die Wohlfahrtspolizei den Gemeinden zu überlassen. Stahl sprach dagegen; es ist ein vorwiegend conservativer Antrag gewesen, und es handelt sich ja um Dinge, die mit den Parteiwesen in der Politik nichts zu thun haben. 1859 sprach der damalige Finanzminister im Herrenhause aus, die Regierung sei zu Uebergabe geneigt, aber zu einer Revision des Polizeiverwaltungsgesetzes herantreten zu müssen. Dieser Punkt war dann auch vom Herrenhause und Abgeordnetenhause im Auge gefaßt worden, als es sich 1876 um die neue Städteordnung handelte. Auch die heutige Vorlage erkennt der Polizeipräsidenten von Berlin in den Motiven an, daß die Vereinigung der Communal- und Polizeiverwaltung in einer Hand der gedeihlichen Entwickelung in den betreffenden größeren Städten wesentlich Vorschub geleistet habe. Berlin trägt über 12 Proc. an den directen Staatssteuern bei, obwohl seine Bevölkerung nur 4½ Proc. von der des Staates beträgt; aus allen Staatsdotationen hätte Berlin im Verhältniß zu seiner Steuerleistung beinahe 11 Millionen erhalten müssen, während es nur etwas über 3 Mill. erhielt. In der Berliner Polizei wirkt auch vielfach im Interesse der Provinzen. Ich will doch dabei erinnern, daß die Executivpolizei auf dem platten Lande von der Gendarmerie ausgeübt wird, die dem Staate 9 Mill. kostet, daß 6 Mill. zu den Kosten der Amtsbezirke und Kreise bezahlt werden, daß der Staat die Kosten für die Landrathsämter trägt. Aber nie ist es einem Abgeordneten der großen Städte eingefallen, dies dem platten Lande zu mißgönnen. Darum aber sind die großen Städte doch berechtigt, zu wünschen, daß Sie auch für die großen Städte eine gerechte Vertheilung zum Maßstab nehmen und nicht rein mechanisch den Antrag durchhauen. Ich bitte Sie, diesen schwierigen Gesetzentwurf einer Commission von 28 Mitgliedern zu überweisen. (Beifall links.)

Minister v. Puttkamer: Ich bin mit der gründlichen commissarischen Berathung einverstanden. Ich erkenne dankbar an, daß der Vorredner sich mit Erfolg bemüht hat, seinen Ausführungen jeden politischen Beigeschmack fernzuhalten. Es handelt sich um die Regelung eines Punktes, bei dem Billigkeit und Gerechtigkeit herrschen soll. Die Frage ist, ob gerade die blühendsten, steuerkräftigsten Städte den Polizeischutz haben sollen, daß der Staat, d. h. alle übrigen Steuerzahler, fast die ganzen Polizeikosten zu tragen hat, während in den übrigen Städten die Gemeinden die Polizeikosten leisten. Der Vorredner wollte die Aufmerksamkeit von diesem Hauptpunkte ablenken auf die sehr interessante und sehr schwierige Frage der Theilung zwischen Polizei- und Communalverwaltung. Es wird schwierig sein, die Polizei so zu scheiden zwischen Staat und Gemeinde, daß man daran wirkungsvoll eine Vertheilung der Kosten knüpfen kann. Jetzt fließen die Kosten der Polizei nach Berlin von Jahr zu Jahr, ohne daß die Ausgaben für die Städte in demselben Maße vermehren. Sämmtliche Städte der Monarchie, welche keine königliche Polizeiverwaltung haben, müssen ihre Polizeikosten allein bezahlen. Das platte Land hat allerdings eine Dotation erhalten, aber ein Drittel der gesammten Kosten müssen die Amtsbezirke jetzt schon von den Polizeikosten aufbringen, und wie soll man die ehrenamtliche Verwaltung der Polizei veranschlagen? Allerdings ist die Criminalverwaltung Berlins manchmal in den Provinzen verwendet, um zur Entdeckung von Verbrechen Aushülfe zu leisten. Aber bei einem Gesammtbedarf von 9 Mill. für die Berliner Polizei betrugen die Gebührenaufwendungen für die Thätigkeit außerhalb Berlins 1887: 13 661 Mk.! Die Communen haben durch die Staatszuschüsse eine so enorme Ersparniß gemacht, daß nun endlich die Zeit gekommen ist, eine Ausgleichung herbeizuführen.

Abg. v. Rauchhaupt: Das Haus kann der Regierung nur dankbar sein, daß sie den vorjährigen Beschlüssen des Hauses Folge gegeben hat. Ich freue mich, daß die Freisinnigen statt einer mechanischen eine organische Regelung verlangen. Einige Bedenken habe ich auch gegen die Vorlage, vor allem gegen die Grundlage des festgestellten Vertheilungsmaßstabes. Auch die Quote wird noch einer gründlichen Erwägung in der Commission bedürfen.

Abg. Bachem (Centr.): Man sollte versuchen, die Frage der Vertheilung der Kosten der Polizei zwischen Stadt und Staat allgemein zu regeln, nicht für die 21 Städte mit königlicher Verwaltung allein. Für Berlin ist der vorgeschlagene Maßstab geradezu eine Ungerechtigkeit, denn in Berlin sind viele Polizeieinrichtungen getroffen, die nur im staatlichen Interesse nothwendig sind. (Sehr richtig!) Man wird jedenfalls etwas mehr statistisches Material beibringen müssen. Uebrigens ist das Gewitter ohne jegliches Vorzeichen so schnell über die Städte hereingebrochen, daß man einige Uebergangsbestimmungen machen sollte, wonach die Kosten nur in einem geringeren Betrage — vielleicht in Höhe von 1/4 — auf fünf Jahre den Städten auferlegt werden, und daß nachher erst die volle Belastung eintrete.

Unterstaatssecretär **Herrfurth** wendet sich gegen einige Bedenken des Abg. v. Rauchhaupt.

Abg. Barth (freicons.) hält den Vertheilungsmaßstab der Vorlage im allgemeinen für richtig. Nur in Berlin müßte der Staat einen größeren Theil der Kosten tragen.

Abg. Friedländer (freis.): Gerade jetzt, wo der Staatshaushaltsetat ein freundliches Angesicht zeigt, will man nicht den Communen diejenigen Ueberschüsse Etat abzapfen. Die Regierung hat früher die Lage der Gemeinden als nicht so günstig angesehen, daß sie denselben auch nur den vierten Theil der Polizeikosten auferlegen könne. Seitdem hat sich die Wirthschaftspolitik entwickelt und die Lage der Städte des Ostens erheblich verschlechtert. Der Getreidehandel z. B. ist aus Breslau, welches ich vertrete, vollständig verschwunden; er ist zu einem elenden Lokalhandel herabgesunken. In Folge der Tabaksteuer ist eine Anzahl von großen Tabaksfirmen gezwungen worden, ihre Geschäfte einzustellen. Namentlich ist die Stadt Breslau gewachsen, finanziell hat sie sich gewiß nicht verbessert. Diese Vorlage setzt an die Stelle der seit 30 Jahren bewährten Scheidung der Kosten in sächliche und persönliche eine starke Steigerung in mittelbare und unmittelbare. Die Städte werden mit gebundenen Händen der Regierung ausgeliefert; sie haben gar kein Widerspruchsrecht. Man überweist den Städten oft ältere Beamte, welche abgearbeitet sind und bald pensionirt werden; die Städte sollen nun von jetzt ab die Hälfte der Pensionen tragen, ohne die Hälfte der Beiträge zu erhalten, welche die Staatskasse seit Jahren eingezogen hat. Ein Theil der städtischen Budgetberathung wird in dieses Haus verlegt. Die Abgeordneten der von dem Gesetz betroffenen Städte müssen sich gegen die Regierung und das ganze Haus wehren, wenn es sich darum handelt, neue Ausgaben für die Polizeikosten zu bewilligen. Ein Verhältniß, welches sich geschichtlich entwickelt hat, kann nicht so leicht beseitigt werden. Der Staat kann eher eine Erhöhung seiner Ausgaben ertragen, als eine Stadt, welche nicht in der Lage ist, ein Deficit durch Aufnahme einer Anleihe zu decken. Eine Aenderung, die ja nothwendig ist, muß mit möglichst schonender Hand vorgenommen werden. Es wird versucht werden müssen, eine begriffliche Unterscheidung herbeizuführrn und einen anderen Vertheilungsmodus zu finden. Eine weniger glückliche Vertheilung, als die vorgeschlagene, könnte kaum gefunden werden. (Beifall links.)

Abg. Althaus (cons.) ist für die Vorlage gemeldet; seine Ausführungen bleiben im Hause und auf der Tribüne unverständlich.

Abg. Enneccerus (n.-l.): Wenn der Staat von Ausgaben für die Polizei sich entlasten will, dann soll er solche Zweige der Polizeiverwaltung, die sich zur communalen Verwaltung eignen, den Städten übertragen. Die Vorlage wird, wenn sie unverändert angenommen wird, dazu reizen, die Zahl der königlichen Polizeiverwaltungen zu vermehren und die Selbstverwaltung zu beschränken. Jetzt muß der Staat etwa 7/8 der Kosten tragen; dann soll er bloß 1/2 tragen. Die Bedenken gegen die Vorlage würden vielleicht beseitigt werden, wenn man den Städten nur 1/4 der Kosten auferlegen würde.

Finanzminister v. Scholz: Vom finanziellen Gesichtspunkt aus ist die Vorlage nicht gemacht. Sie finden überall in derselben die Rücksicht auf die bestehenden Verhältnisse, und das staatliche Interesse ist nicht übermäßig darin vertreten. Wenn man die Lasten nicht nach einem festen Maßstabe theilen kann, dann halbirt man sie eben. Der Fiscus ist die Vertretung der gesammten Steuerzahler, und wer wird sich genieren, deren Interessen den Sonderinteressen einzelner gegenüber zu vertreten? Man bezweifelt, daß jetzt der richtige Zeitpunkt ist. Der Getreidehandel in Breslau soll zurückgegangen, nach Berlin übergesiedelt sein; ebenso soll es mit der Tabaksfabrikation gehen. Ich kann diese traurige Schilderung nicht bestätigen; die Thatsachen entsprechen diesen Schilderungen nicht. Die meisten großen Firmen denken nicht daran, von Breslau wegzugehen. Ich weiß ja, daß sehr viele Leute aus dem fernen Osten nach Breslau kommen, um sich nach Erwerbung eines gewissen Wohlstandes nach dem Westen, namentlich nach Berlin zu wenden. Das hat mit unserer Wirthschaftspolitik nichts zu thun. (Beifall rechts.)

Abg. v. Eynern (n.-l.) hebt hervor, daß die freisinnige Presse die Vorlage namentlich vom berlinischen Standpunkte aus lediglich als eine Mehrbelastung für Berlin ansehe. Die Herren Zelle und Genossen sollten sich einmal auf den Standpunkt der vielen nicht privilegirten Klein- und Großstädte stellen, welche außer den Kosten ihrer eigenen Polizei auch noch in Form der Staatssteuern die Kosten der königlichen Polizeiverwaltungen tragen müssen. Die Theilung der Kosten zur Hälfte befriedigt mich noch nicht; die Städte müßten noch mehr bezahlen. Jedenfalls muß bei der Aufstellung des Etats die betreffende Gemeinde gehört werden, die Regierung darf ihr nicht ohne weiteres eine beliebige Summe auferlegen. Wenn der Staat an Polizeiausgaben 4½ Mill. Mk. erspart, dann müssen wir das Geld dazu anwenden, den nicht privilegirten Städten einen Theil der Polizeikosten zu ersetzen.

Damit schließt die Debatte.

Abg. Friedländer weist in einer persönlichen Bemerkung nach, daß in Breslau das Aufkommen an Klassen- und Einkommensteuer in den letzten drei Jahren erheblich herabgegangen sei, trotzdem die Bevölkerung sich um 20000 Köpfe vermehrt hat und durch die neu eingeführte Besteuerung der Forensen und juristischen Personen viele Actiengesellschaften ꝛc. zur Steuer herangezogen sind.

Die Vorlage geht an eine Commission von 21 Mitgliedern.

Derselben Commission wird überwiesen der Gesetzentwurf betreffend die Uebertragung polizeilicher Befügnisse in den Kreisen Teltow und Niederbarnim sowie im Stadtkreise Charlottenburg an den Polizeipräsidenten zu Berlin.

Nächste Sitzung: **Dienstag.**

Deutschland

Berlin, 27. Februar. Der **Kaiser** hörte heute Vortrag, conferirte kurze Zeit mit dem Staatssecretär Grafen Herbert v. Bismarck und arbeitete längere Zeit mit dem Chef des Civilcabinets. Demnächst empfing der Monarch den Landeshauptmann von Schlesien, Grafen v. Fürstenstein, der sich im Auftrage der Kaiserin zu den Beisetzungsfeierlichkeiten nach Karlsruhe begiebt, und später noch den Prinzen Wilhelm, der sich vor seiner Abreise nach Karlsruhe von den Majestäten verabschiedete.

* **[Bei dem Reichskanzler Fürsten Bismarck]** findet heute ein Diner statt, zu welchem sämmtliche Mitglieder des Bundesraths, die preußischen Staatsminister, sowie die Unterstaatssecretäre und Ministerialdirectoren Einladungen erhalten haben.

* **[Ein Deutscher am Congo gestorben.]** Vor einigen Tagen wurde aus Brüssel gemeldet, daß ein Agent des Congo-Staates, namens Rothkirch, dem afrikanischen Klima erlegen sei. Dieser Agent war ein Deutscher, Friedrich Frhr. v. Rothkirch-Trach, gen. v. Schwarzenfels, ein Sohn des Rittergutsbesitzers gleichen Namens auf Altenberga in Thüringen und Präsidenten des sachsen-altenburgischen Landtages und ehemaliger preußischer Offizier. Derselbe ist nach der an seine Familie gelangten amtlichen Nachricht am 7. Dezember in Kinchassa am Congo gestorben.

* **[Der päpstliche Nuntius in Baiern.]** In München erregt eine römische Depesche des ultramontanen „Fremdenblatt" Aufsehen, nach der der päpstliche Nuntius, der gegenwärtig in Neapel weilt, vom Papste den Befehl erhalten haben soll, sofort nach München abzureisen. Der Befehl soll erfolgt sein „nach Instructionen des bairischen Ministeriums beim Vatican und infolge der Beschwerde, daß die Entfernung des Nuntius einen üblen politischen Eindruck mache".

* **[Ausscheiden aus dem Staatsdienst.]** Dem Geh. Ober-Regierungs-Rath und vortragenden Rath im Cultus-Ministerium Dr. **Bonitz** ist bei seinem bevorstehenden Dienstausscheiden der Charakter als Wirkl. Geh. Ober-Regierungs-Rath mit dem Range eines Raths erster Klasse verliehen worden.

* **[Der Centrumsantrag bezüglich der Orden]** lautet: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Folgendem Gesetzentwurfe die Zustimmung zu ertheilen:

Einziger Artikel. Haben Niederlassungen von Orden oder ordensähnlichen Congregationen, welche auf Grund des Gesetzes betreffend die geistlichen Orden und ordensähnlichen Congregationen der katholischen Kirche vom 31. Mai 1875 (Gesetzsamml. S. 717) aufgelöst sind, zur Zeit ihrer Auflösung Corporationsrechte besessen, so erhalten für diejenigen dieser Niederlassungen, welche auf Grund der Gesetze über Abänderung der kirchenpolitischen Gesetze vom 14. Juni 1880 (Gesetzsamml. S. 285), vom 31. Mai 1886 (Gesetzsamml. S. 147) und vom 29. April 1887 (Gesetzsamml. S. 127) wieder zugelassen sind oder zugelassen werden, diese Corporationsrechte wieder Rechtsgeltung.

Diese Rechtsgeltung tritt, soweit sie nicht nach bestehendem Rechte schon früher eingetreten ist, für die bereits vor der Rechtskraft dieses Gesetzes zugelassenen Niederlassungen mit Eintritt dieser Rechtskraft, für die Niederlassungen, welche später zugelassen werden, mit deren Zulassung in Kraft.

* **[Tabakzoll-Antrag.]** Der deutschconservative Abg. Menzer hat im Reichstage den Antrag eingebracht, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, angesichts der schweren Nothlage, in der sich die deutschen Tabaksbauer befinden, in thunlichster Bälde eine **Erhöhung des Eingangszolls auf ausländische,** eventuell eine **Ermäßigung der Steuern auf inländische Tabake** herbeizuführen. — Aussicht auf Annahme hat dieser Antrag nicht.

* **[Die deutsche Sprache und das bürgerliche Gesetzbuch.]** Der Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuchs wird, schreibt die „Freis. Ztg.", deutsch reden, zahlreiche Fremdwörter wurden vermieden; Obligationen sind Schuldverhältnisse, Cession ist Uebertragung, Compensation Aufrechnung, Servituten Dienstbarkeiten. Selbst der Ausdruck Prozeß wird nicht vorkommen, er heißt Rechtsstreit. Das bürgerliche Gesetzbuch wird ein Vorbild für eine vernünftige Sprachreinigung sein. Dagegen hat man keinen Anstand genommen, die Worte Hypothek und Testament beizubehalten.

* **[Ein sensationeller Selbstmord]** wird aus Petersburg gemeldet. Dort hat sich dem „Kl. Journ." zufolge am Sonnabend im Hotel de France der deutsche Botschaftssecretär Prinz Hohenlohe-Oehringen erschossen. Der Unglückliche ist ein Sohn des Herzogs von Ujest, dessen Familie bereis wiederholt von harten Schicksalsschlägen getroffen worden ist. Ein Sohn des Herzogs ist in Italien an der Schwindsucht gestorben und der Herzog weilt augenblicklich in San Remo mit einem anderen, ebenfalls kranken Sohn.

Aus Petersburg meldet man hierzu dem „B. Tgbl.", daß der Prinz nicht todt, aber schwer verwundet ist. Die Kugel, welche er sich in den Kopf gejagt, hat Professor Reyer, welcher sofort zu Hilfe gerufen wurde, noch nicht entfernen können. Als Grund für den beabsichtigten Selbstmord wird ein schweres Magenleiden und unglückliche Liebe bezeichnet. Finanzielle Verlegenheiten sind als Motiv ausgeschlossen.

* **Aus Kaiser Wilhelmsland** liegt in der „Landesztg." f. d. Fürstenth. Reuß ä. L." ein vom 25. Dezember v. J. datirtes Schreiben des Fleischermeisters Grote in Finschhafen vor, aus welchem zu ersehen ist, daß Dr. Schrader am 30. November nach Deutschland zurückgereist ist, auch die übrigen Mitglieder der wissenschaftlichen Expedition, Dr. Hollrung und Dr. Schneider, wollten am 27. Dezember die Rückreise nach Deutschland antreten. Herr Grote, welcher bekanntlich eine Speiseanstalt in Finschhafen übernommen hatte, diese Stellung jedoch zum 1. Januar d. J. gekündigt hatte, klagt über die hohen Ansprüche der Beamten, welche bei ihm essen. Weiter wird in dem Schreiben mitgetheilt, daß bereits 10 Einwanderer angekommen seien. Am 22. Dezember sei auch Graf Pfeil als Stellvertreter des Landeshauptmanns eingetroffen. Frhr. v. Schleinitz wollte im Februar mit seinen Kindern nach Deutschland zurückkehren, wahrscheinlich auf immer. Weiter heißt es alsdann wörtlich: „Es ist in vielen Stücken hier eine schreckliche Wirthschaft. Geld ist bereits viel ausgegeben (meines Erachtens sehr viel nutzlos). Bis jetzt kennt man nur die Küste des Landes; mit Ausnahme des Kaiserin-Augusta-Flusses ist man noch nicht 4 deutsche Meilen weit ins Land gekommen."

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 27. Februar. Anläßlich des Ablebens des Prinzen Ludwig von Baden legt der Hof auf Anordnung des Kaisers von morgen ab bis zum 6. März incl. Trauer an. (W. T.)

Schweiz.

Luzern, 27. Febr. Der **Verkehr auf der Gotthardbahn** ist wieder frei.

Dänemark.

* **[Eisenbahnverkehr.]** Amtlichen Nachrichten zufolge sind die auf den dänischen Eisenbahnlinien durch Schneeverwehungen eingetretenen Verkehrsstörungen bezüglich der wichtigeren Strecken wieder behoben.

Kopenhagen, 27. Febr. Der **Eisenbahnverkehr auf Lolland und Falster** ist noch gestört; auch die Arbeiten zur Wegräumung des Schnees sind jetzt eingestellt. Die am Freitag Abend in Gjedser angekommenen Reisenden sind zur Zeit noch nicht hier eingetroffen.

England.

London, 27. Febr. **[Unterhaus.]** Unterstaatssecretär Fergusson erklärt, die gestern vom „Temps" gebrachte Nachricht, daß England sich **in der Nähe der Dardanellen die Cession eines türkischen Hafens** oder einer türkischen Insel ausgewirkt oder eine solche gefordert habe, sei unwahr, auch alle übrigen in dem fraglichen Artikel des „Temps" enthaltenen Nachrichten entbehrten der Begründung. (W. T.)

London, 27. Febr. **[Oberhaus.]** Der Unterstaatssecretär der Colonien, Onslow, erklärte, die Regierung beabsichtige nicht das portugiesische Gebiet an der Delagoa-Bai und die dortige Eisenbahn zu erwerben. (W. T.)

Italien.

Rom, 27. Februar. Im Lyceum Visconti fand gestern die **Gedächtnißfeier für Giordano Bruno** statt, welcher der Ministerpräsident Crispi, ferner der Unterrichtsminister Boselli und der Justizminister Zanardelli beiwohnten. Nach der Feier begaben sich die Studentenvereine nach dem Campo dei Fiori, wo Bruno im Jahre 1600 als Ketzer verbrannt wurde. Anläßlich einer späteren Demonstration wurden einige Studenten verhaftet, jedoch bald wieder freigelassen. Anderweitige Ruhestörungen kamen nicht vor. (W. T.)

Amerika.

Chicago, 27. Febr. Auf der Chicago-Burlington-Quincey-Eisenbahn ist unter den Locomotivführern und Heizern ein **allgemeiner Strike** ausgebrochen. Der Güterverkehr sowie der Passagierverkehr stocken augenblicklich. (W. T.)

Von der Marine.

Kiel, 26. Februar. Das Divisionsboot D und drei Böte der **Reserve-Torpedobootsdivision** werden mit neuen Sprengeinrichtungen versehen. Für die letztgenannten, jetzt auf der Werft befindlichen Böte sind neuere Schichauböte in die Division eingestellt, damit diese die vorschriftsmäßige Anzahl von 8 aufweist.

Am 29. Febr.: S.-A. 6.55, U. 3.32; **Danzig, 28. Febr.** M.-A. 8.21, M.-U. b. Tage.

Wetteraussichten für Mittwoch, 29. Februar, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte.

Etwas wärmeres Wetter, meist trübe und bedeckt mit Niederschlägen, bei schwacher bis mäßiger Luftbewegung.

* **[Vierte Bataillone.]** Wie verlautet, werden seitens der Militär-Verwaltung jetzt Vorbereitungen für die Errichtung vierter Bataillone bei den hiesigen Infanterie-Regimentern getroffen. Noch im Laufe dieses Jahres sollen, dem Vernehmen nach, sowohl die beiden hiesigen Grenadier-Regimenter wie das 128. und das 44. Infanterie-Regiment vierte Bataillone erhalten.

* **[Von der Weichsel.]** Die Eisbrecharbeiten haben am 26. und 27. sehr guten Fortgang gehabt und die unmittelbare Nähe Dirschaus ist ererreicht. Das Eis treibt flott ab, die Stopfungen bei Schönrohr und Wordel wurden ohne große Mühe beseitigt. Die Mündung ist jetzt auch frei. — Wasserstand bei Plehnendorf heute 3,26 Meter am Oberpegel, 3,22 Meter am Unterpegel.

* **[Der westpreußische Provinzial-Ausschuß]** trat gestern Vormittag 10 Uhr im kleinen Saale des Landeshauses zusammen und verhandelte bis 3 Uhr Nachmittags. Heute Vormittag 10 Uhr begann derselbe wieder seine Sitzung. Gestern wurde die Berathung des Hauptetats, der Specialetats der einzelnen Provinzialanstalten und von Rechnungsvorlagen für den nächsten Provinzial-Landtag erledigt. Heute kamen u. a. die Verwaltungsberichte, Ausführungsbestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes über die in den land- und forstwirthschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, Wahlen für die in Danzig und Marienwerder zu errichtenden Schiedsgerichte für diese Unfall- und Krankenversicherung zur Erledigung. In Betreff der vom letzten Provinzial-Landtage dem Provinzial-Ausschuß ertheilten Ermächtigung zur event. Aufnahme einer neuen Anleihe für Zwecke der Provinzial-Hilfskasse wurde beschlossen, die älteren Anleihescheine zum 1. Oktober zu kündigen und eine Anleihe von 4 Millionen Mk. zu 3½ Proc. aufzunehmen, welche an ein Consortium, bestehend aus der General-Direction der Seehandlung in Berlin, der Direction der Disconto-Bank in Berlin, der Direction der Deutschen Bank in Berlin und der Danziger Privat-Actien-Bank, zu vergeben ist.

* **[Danziger Hypotheken-Verein.]** Nach dem soeben erschienenen Jahresbericht der Direction dieses Hypotheken-Creditinstituts pro 1887 hat sich das Geschäft in dem Berichtsjahre wieder etwas gegen das Vorjahr gehoben. Am weitaus begehrtesten waren die 5procentigen Anlehne. Die Begründung von Anlehnen zu 4¼ Proc. und damit die Emission der neuen 3½procentigen Pfandbriefe hat begonnen. Der Gesammtbetrag der im Berichtsjahre constituirten Anlehne zu 4¼ Proc. beziffert sich auf 153 600 Mark; darunter sind 64 200 Mark durch Umwandlung aus Anlehnen zu höherem Zinsfuß hervorgegangen. Die Mitgliederzahl ist ebenfalls gewachsen und beträgt zur Zeit 576, von denen 554 Hypothekendarlehne haben. Von ihnen wohnen 336 in Danzig, 98 in Graudenz, 76 in Marienwerder, 42 in Thorn, je 1 in Dirschau und Marienburg. Neue Beleihungs-Anträge sind im Laufe des Berichtsjahres 59 auf 1 486 000 Mark gestellt worden. Davon sind 11 in Höhe von 398 500 Mk. erst für das Jahr 1888 bestimmt gewesen, so daß für das Berichtsjahr 48 Anträge auf 1 087 500 Mk. verblieben. Zurückgewiesen sind 14 Anträge auf 422 200 Mk.; auf die restlichen 34 Anträge sind Pfandbriefsdarlehne von 515 200 Mk. zu 5 Proc. und 27 000 Mk. zu 4¼ Proc. bewilligt worden. Umwandlungs-Anträge für das Berichtsjahr lagen vor 5 auf 104 700 Mk., während die weiter gestellten 10 Anträge auf 143 700 Mk. für das Jahr 1888 bestimmt waren. Die 5 Umwandlungs-Anträge über 104 700 Mk. betrafen sämmtlich 6procentige Darlehne. Gewünscht wurde die Umwandlung von: 35 100 Mk. in 5½ proc., 5400 Mark in 5 proc., 64 200 Mk. in 4¼ proc. Darlehne. Abgelöst sind 1887 zusammen 16 Anlehne mit 450 700 Mk. Im Besitz des Vereins befanden sich am Schlusse des Jahres 13 252 300 Mark Hypotheken-Obligationen, und zwar 8 220 900 Mk. zu 6 Proc., 3 184 400 Mk. zu 5½ Proc., 1 693 400 Mk. zu 5 Proc. und

153 600 Mk. zu 4¼ Proc. Diesen Beständen stehen an im Umlauf befindlichen Pfandbriefen 7 488 700 Mk. zu 5 Proc., 3 095 600 Mk. 4½ Proc., 1 529 600 Mk. zu 4 Proc. und 153 600 Mk. zu 3½ Proc. gegenüber. In der Subhastation hat der Verein 1887 zwei Grundstücke, ein kleineres in der Vorstadt Schidlitz und ein größeres in der Hundegasse, erstehen müssen. Beide Grundstücke verwaltet der Verein, da die auf denselben eingetragenen Pfandbriefsdarlehne von resp. 7600 Mk. und 46 800 Mk. aus Mitteln des Reservefonds abgelöst sind, für Rechnung des ebengedachten Fonds. Derzeit sind sämmtliche Wohnungen in beiden Grundstücken vermiethet und es entsprechen die Jahresmiethen nach Abzug der Abgaben und Verwaltungskosten einem Zinssatze von annähernd 5 Proc. des Kostenpreises. Ein früher erworbenes Grundstück hat mit einem Verlust von ca. 10 000 Mk. verkauft werden müssen.

* [Steueramtliche Abfertigung von Branntwein.] Behufs der Erleichterung und Beschleunigung der steuerlichen Abfertigungen des inländischen Branntweins hat der Finanzminister im Interesse der Verwaltung wie des Handelsverkehrs unterm 17. d. M. genehmigt, daß bei allen in den Brennereien, Branntwein-Lagern und Niederlagen, Reinigungs-Anstalten und sonstigen Räumen der Gewerbetreibenden oder an amtlicher Stelle vorzunehmenden Branntwein-Abfertigungen — sei es, daß der Branntwein zur Versteuerung, Versendung, Ausfuhr oder zur steuerfreien Verwendung für gewerbliche zc. Zwecke bestimmt ist — der wahre Alkoholgehalt desselben in denjenigen Fällen, in welchen mittelst einer Anmeldung oder Abmeldung eine größere Anzahl vollständig gefüllter Fässer von annähernd gleich großem Bruttogewicht und Rauminhalt zur Revision gestellt wird, bezüglich solcher Fässer durchschnittlich ermittelt und diese Durchschnittsermittelung den weiteren Feststellungen des Revisionsbefundes zu Grunde gelegt werde.

* [Competenz-Conflict.] Wie nach einer officiösen Correspondenz verlautet, hat der Cultusminister die Provinzialschulbehörden angewiesen, in Privatklagesachen gegen Lehrer und Schulaufsichtsbeamte wegen Beleidigung oder Körperverletzung von Schulkindern den Competenz-Conflict fernerhin nicht zu erheben, vielmehr dem gerichtlichen Verfahren seinen Lauf zu lassen.

* [Patent.] Herrn Stanislaus Tomaszewski in Thorn ist auf eine Vorrichtung zum Festhalten von Druckletternfähen ein Patent ertheilt worden.

* [Das Diakonissen-Krankenhaus] begeht am 17. k. Mts. in der üblichen Art durch Andacht und Verabreichung von Festessen an die Kranken sein diesjähriges Stiftungsfest.

* [Eine Unfallentschädigung.] Ein Zimmermann war am Nachmittage eines ungewöhnlich heißen Sommertages nach mehrstündiger Arbeit in voller Sonnenhitze damit beschäftigt, auf einem Stapel Bretter stehend die einzelnen Bretter herunterzuschieben. Er war auch hierbei voll den Sonnenstrahlen ausgesetzt, während die Temperatur der ihn umgebenden Luft durch das Zurückstrahlen der Sonne von den in der Sonne lagernden Brettern aus noch gesteigert war. Während der Arbeit wurde er vom Hitzschlage betroffen und verstarb binnen Kurzem. Das Reichs-Versicherungsamt hat hierin einen Betriebsunfall erblickt und die Berufsgenossenschaft zur Zahlung der gesetzlichen Renten an die Hinterbliebenen verurtheilt.

* [Liliputaner.] Eine Schauspieler-Gesellschaft von 9 Zwergen, welche gegenwärtig in verschiedenen Provinzialstädten Vorstellungen giebt, wird nach einer uns heute zugehenden Mittheilung ihres Geschäftsführers in nächster Zeit zu einem kurzen Gastspiel auch in Danzig eintreffen.

* [Schiffahrtsnotiz.] Vom hydrographischen Amt der kaiserl. Admiralität ging nachstehendes Telegramm ein: „Feuerschiffe „Anholts Knob" und „Skagen Riff" haben am 25. d. M. Eises wegen ihre Station verlassen."

* [Bildungs-Verein.] Vor einer zahlreichen Versammlung hielt gestern Abend Herr Prediger Berkling einen Vortrag über „Die Hospitäler Danzigs im Mittelalter". Nachdem Redner gezeigt, daß seit Einführung des Christenthums unter Kaiser Constantin die erste Einrichtung von Hospizen existirt, in welchen namentlich Fremde Unterkommen fanden, wies derselbe darauf hin, daß seit Beginn der Kreuzzüge dieselben auch zur Pflege von Kranken und namentlich von Aussätzigen dienten. Von Rom aus verbreiteten sich diese Anstalten über ganz Deutschland und kamen auch nach unserem Norden. In Danzig wurde zuerst ein Hospital vom Deutschen Orden in der Heiligen Geistgasse, gegenüber den jetzigen Fleischbänken, gegründet und „das Heilige Geisthospital" benannt, welches 1357 nach der Tobiasgasse verlegt wurde. Im Jahre 1390 gründete Nicolaus v. Hohenstein in der Nähe der jetzigen Elisabeth-Kirche das St. Elisabeth-Hospital für arme Fremde (Ausländer und Fremde), Kranke und Findlinge und später wurde das St. Gertrud-Hospital errichtet. Diesen Anstalten standen Spitalmeister vor, welche Geistliche und Pfleger zur Hilfe hatten; namentlich die Priester nahmen sich der Kranken an. Das Einkommen dieser Anstalten bestand in dem Ertrage ihrer großen Güter. Die Stadt gewährte einen Zuschuß, aber hauptsächlich waren es die Opfergelder, welche für den Ablaß gezahlt wurden, die einen bedeutenden Ertrag lieferten. Redner besprach dann näher die Einrichtung dieser Anstalten und wies darauf hin, daß dieselben dadurch, daß sie von Leuten benutzt wurden, welche sich für ihr Alter dort einkauften, immer mehr ihrem Zweck entzogen wurden.

[Polizeibericht vom 28. Februar.] Verhaftet: 3 Jungen wegen Diebstahls, 5 Obdachlose, 4 Bettler, 1 Dirne. — Gefunden: 1 Paar braune Glacée-Handschuhe, 1 Paar Kinderschlittschuhe; abzuholen von der Polizei-Direction.

Berent, 27. Febr. Wie bereits mitgetheilt, wurde vor einiger Zeit in einigen Amtsbezirken unseres Kreises die obligatorische Fleischschau eingeführt. Diese Maßregel hat sich bereits als segensreich erwiesen, denn durch den amtlichen Fleischbeschauer in Alt-Kischau ist ein dem evangelischen Pfarrer in Neu-Paleschken gehöriges Schwein bei der betreffenden Untersuchung als mit Trichinen behaftet befunden worden. — Das kolossale Schneewehen in den letzten Tagen brachte uns wieder Verkehrsstockungen, sowohl auf der Bahnstrecke als auch auf den Wegen, ein Umstand, der den Geschäftsleuten hier empfindlichen Schaden bereitet.

* Tiegenhof, 28. Februar. Unser Communal-Haushaltsetat ist von den Stadtverordneten auf 51 296 Mk. pro 1888/89 festgestellt. An Steuern kommen 25 000 Mk. zur Erhebung. Zur Bestreitung außerordentlicher Bedürfnisse im Betrage von 12 000 Mk. und Rückzahlung eines 4 procentigen Darlehns von 18 000 Mk. soll eine 4 procentige Anleihe von 30 000 Mk. aufgenommen werden.

M. Schwetz, 27. Februar. Noch liegt die Natur in den starren Fesseln des Winters und schon regt sich die Auswanderungslust in unserer Stadt. Am Sonnabend verließ wiederum eine Familie unseren Ort, um jenseits des Oceans ein neues Heim sich zu gründen. Die Familie lebte in ganz guten Verhältnissen und es ist schwer zu begreifen, was den Mann veranlaßt hat, seinen sicheren Erwerb hier aufzugeben.

Y Thorn, 27. Februar. Nachdem die städtischen Behörden die Einzel-Etats berathen und aufgestellt haben, ist jetzt der Haupt-Etat für unsere Stadt pro 1888/89 festgestellt worden. Er beläuft sich in Einnahme und Ausgabe auf zusammen 492 900 Mk. Das sind 15 320 Mk. mehr als im Vorjahre. An Communalsteuern sind 11 050 Mk. mehr als pro 1887/88 aufzubringen, im ganzen 248 170 Mk. Dabei wird der Procentsatz der Communalsteuern, der jetzt 272 beträgt, um etwas erhöht werden müssen.

Gollub, 26. Febr. Endlich glaubt man den Herd der Herstellung der immer wieder auftauchenden falschen russischen Werthpapiere — namentlich sind falsche 3- und 10-Rubelscheine im Umlauf — entdeckt zu haben. Vergangene Woche hat man den Schwiegersohn eines sehr reich begüterten Kaufmanns aus Dobrzyn (Rußland) verhaftet und nach Plotzk gebracht.

Königsberg, 27. Februar. An den größten und stärksten der Königsberg umgebenden Forts, „Quednau", wird, wie man der „Agsb. Allgem. Zeitung" berichtet, zu Beginn des Frühjahrs mit einer neuen und bisher noch nicht in Anwendung gebrachten Defensions-Einrichtung vorgegangen werden. Auf genanntem Fort sollen nämlich zwei in der Fabrik von Gruson in Buckau bei Magdeburg erbaute Eisenthürme, nach Art der bei der Marine im Gebrauch befindlichen Panzerthürme, aufgestellt werden. Bewähren sich diese Probethürme, so sollen eventuell weitere gleiche Ausführungen an den anderen Forts ins Werk gesetzt werden. — Wegen neuerdings eingetretener Schneewehen ist der Verkehr auf der Eisenbahnstrecke Königsberg-Cranz seit Sonnabend wieder eingestellt worden und es ist nach der „Agsb. Hart. Ztg." auch heute noch nicht abzusehen, wann der Betrieb zur Wiederaufnahme gelangen wird.

Braunsberg, 27. Febr. Die hiesige Dampfergesellschaft hat im abgelaufenen Jahre wiederum recht günstige Resultate erzielt. Aus dem Reingewinn konnte den Actionären eine Dividende von 4 Proc. gewährt und der Reservefond auf die statutenmäßige Höhe von 5000 Mk. gebracht werden.

L. Goldau, 26. Februar. Nachdem seit Donnerstag Abend hier jeder Bahnverkehr durch den starken Schneesturm unterbrochen, haben wir heute Mittag, also nach 2½ Tagen, endlich wieder Bahnverbindung. Der Zug von Jablonowo, der Freitag Mittag hier eintreffen sollte, jedoch bei Lautenburg stecken geblieben war, hatte sich bis Heinrichsdorf allmählich weiter durchgearbeitet und traf gestern Abend um 10 Uhr hier ein, nachdem er in Piertaniken ca. ½ Meile vor Goldau, noch 2½ Stunde im Schnee stecken geblieben. Die Züge von Dt. Eylau bez. Illowo kamen erst heute am Sonntag um 3 Uhr Mittags hier an, und es scheinen die Bahnstrecken jetzt wieder einstweilen betriebsfähig zu sein. Es waren bei dem letzten Schneesturm die Geleise bis zur Höhe der zu beiden Seiten stehenden Schneeschanzen vollständig zugeweht, daher hielt es sehr schwer, den Schnee fortzuschaffen, da ein noch höheres Hinaufwerfen des Schnees sehr umständlich und schwierig war. Sollte uns in diesem Winter noch einmal ein Schneesturm heimsuchen, so könnten wir leicht 4—6 Tage ohne Verbindung bleiben.

Bromberg, 27. Febr. Die Ofenklappe hat wiederum zwei Opfer gefordert. Gestern Morgen sind der Arbeiter Jaznicki und seine Frau, die noch in jungen Jahren steht, in ihrer Wohnung in Adlershorst todt aufgefunden worden. Der Kohlendunst, mit dem die Wohnung angefüllt war, ließ keinen Zweifel darüber, daß der Tod durch Kohlengasvergiftung in Folge Schließens der Ofenklappe verursacht worden ist.

Literarisches.

× „Dies Blatt gehört der Hausfrau!" Zeitschrift für die Angelegenheiten des Haushaltes (Berlin, Verlag von F. Schirmer) erfüllt durch die Reichhaltigkeit seines Inhalts wie durch die verständige Behandlung, die es jeder, das weibliche Interesse berührenden Frage angedeihen läßt, in vorzüglicher Weise die Aufgabe, die es sich gestellt hat. Da es außerdem für den billigen Preis von 75 Pf. pro Quartal ebensoviel Unterhaltung wie Belehrung bietet, sei es hiermit unseren Leserinnen bestens empfohlen.

× „Heinrich Heine's Gesammelte Werke." Herausgegeben von Gustav Karpeles. Kritische Gesammtausgabe in neun Bänden. (Berlin, G. Grote'sche Verlagsbuchhandlung.) Der neunte Band der ersten kritischen Gesammtausgabe von Heine's Werken ist jetzt erschienen und mit ihm ist dieses bedeutsame Werk zum Abschluß gekommen. Dieser Band enthält die Briefe des Dichters, darunter viele noch bisher unbekannte an Wolfgang Menzel, Gustav Kolb, Alexander Dumas, Caroline Jaubert, die Mouche u. a. Gustav Karpeles hat sich seit mehr als zwanzig Jahren auf dem Gebiete der Heine-Forschung einen großen Namen erworben. Die Hauptvorzüge dieser Ausgabe bestehen in genauester Wiedergabe des Textes, in möglichster Vollständigkeit, so daß kaum eine von Heine für den Druck geschriebene Zeile fehlt, in objectiv gehaltenen ästhetisch-literarhistorischen Einleitungen zu den einzelnen Werken, in das Verständniß erleichternden Anmerkungen, in beständiger Rücksichtnahme und Vergleichung mit dem Text der französischen Heine-Ausgabe, in der Mittheilung von Varianten zu den Gedichten und zahlreichen Stellen aus den Original-Manuskripten der Prosawerke und aus dem gesammelten Briefwechsel des Dichters, der in sämmtlichen neueren Heine-Ausgaben fehlt. Zu diesen Vorzügen gesellt sich die mustergültige Ausstattung des Werkes, welche dem Verleger wie dem Herausgeber zur Ehre gereicht, so daß die gesammelten Werke des Dichters hier zum ersten Male im würdigen Gewande dem deutschen Volke dargeboten werden.

Vermischte Nachrichten.

* [Michael Klapp] ist, der „Frankf. Ztg." zufolge, Sonntag in Wien, 56 Jahre alt, verstorben. Aus Prag gebürtig, begann er schon vor etwa zwanzig Jahren als Feuilletonist in Wiener Zeitungen seinen Ruf zu verbreiten. Seine feinen Plaudereien aus dem Wiener und Londoner Leben, über jüdisches Volksthum, über seine Reisen durch Spanien und Persien sind später in Buchform gesammelt worden. Sie sind voll Witz und lebendiger Anschauung. Durch diese feinen Feuilletons errang er einen Wiener Ruf, daß er einige Jahre später dem Hofburgtheater durch Vermittelung Sonnenthals sein erstes Lustspiel „Rosenkranz und Güldenstern" einreichte, und zwar mit wirklichem Erfolge, mit einem Erfolge sogar, der den Namen des Autors weiter als auf dem Zettel stehen ließ. Klapp besaß ein gefälliges und urbanes Talent als viele Lustspieldichter der Bühnenautoren, aber ihm fehlte die knappe Gestaltung und durchgreifend strenge künstlerische Gestaltung. Ein jüngstverstorbenes Lustspiel „Der selige Paul" wartet im Wiener Burgtheater seiner Aufführung. Klapp hinterläßt eine Frau und drei Kinder.

* [Ueber eine Liebestragödie im Harem] wird aus Konstantinopel vom „Secolo" berichtet: In Folge des plötzlichen Todes eines der Großwürdenträger am Hofe, Hamdi Pascha, wurde eine strenge Untersuchung angestellt, die schließlich zur Verhaftung eines aus Malta stammenden Apothekers führte. Derselbe, welcher mit einer der Frauen des Harems heimliche Beziehungen hatte und von wahnsinniger Eifersucht gegen den Pascha gequält, hatte diese bestimmt, diesem ein Pülverchen in den Morgentrunk zu schütten. Durch einen Eunuchen, der die heimlichen Zusammenkünfte des Paares begünstigte, kam das Verbrechen ans Tageslicht, und der Apotheker wurde verhaftet. Mit der Odaliske verfuhr man nach türkischem Brauch: Sie wurde in einen Sack genäht und ins Meer geworfen.

* [Das Stadttheater zu Frankfurt a. M.] hat, nach dem Geschäftsbericht seines Intendanten Emil Claar, im Theaterjahre 1886—87 die Summe von 1 261 705 Mk. eingenommen und 1 092 250 Mk. ausgegeben; es ergab sich somit ein Deficit von 169 455 Mark, wovon die Stadt die Summe von 150 000 Mk. übernommen hat.

* [Eine Riesenhöhle] ist, Nachrichten aus Huntsville, Alabama, zufolge, auf der Farm eines Herrn R. M. Fuller ganz zufällig entdeckt worden. Die Höhle umfaßt ein geradezu colossales Areal, ca. 200 Acres soll ihr größter Flächeninhalt sein. Stalaktit-Bildungen, ganz eigenthümlich geformte Steinpyramiden befinden sich in ihr, ja es soll sogar nicht an einem kleinen, hundert Fuß tiefen See, in welchem muntere Silber-Fischchen ohne Augen ihr Wesen treiben.

* Aachen, 27. Februar. Die erste englische Post vom 26. Februar ist ausgeblieben. Grund: Schiff in Ostende nicht herangekommen wegen ungünstiger Witterung im Canal.

* Petersburg, 27. Februar. Die Fürstin Kotschubei ist gestorben.

* In Newyork hat, wie von dort telegraphisch gemeldet wird, bereits die Vermählung des Tenoristen Kalisch mit Fräulein Lilli Lehmann stattgefunden. Die Neuvermählten unternehmen von Newyork aus eine größere Concertreise durch die Hauptstädte der Vereinigten Staaten.

London, 25. Febr. Bei der gestern auf der Themse von den Ruderclubs der Universität Cambridge abgehaltenen Wettfahrt wurde der Student E. S. Campbell getödtet, indem ein Boot des Trinity Hall Colleges in das des Clare Colleges, in welchem Campbell sich befand, mit voller Gewalt hineinrannte. Der Bug des Bootes fuhr dem unglücklichen Manne in die Brust und schon nach wenigen Minuten gab er den Geist auf.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung

Berlin, den 28. Februar.

		Crs. v. 27.			Crs. v. 27.
Weizen, gelb			2. Orient-Anl.	48,30	49,60
April-Mai	160,50	161,70	4% russ. Anl. 80	74,20	74,90
Juni-Juli	164,50	166,00	Lombarden	31,00	31,00
Roggen			Franzosen	86,20	86,20
April-Mai	118,20	118,70	Cred.-Actien	138,70	138,60
Juni-Juli	122,20	122,70	Disc.-Comm.	193,10	192,80
Petroleum pr.			Deutsche Bk.	161,90	163,00
200 ℔			Laurahütte	90,00	90,30
loco	25,00	25,00	Oestr. Noten	160,55	161,00
Rüböl			Russ. Noten	163,75	165,85
April-Mai	44,30	44,30	Warsch. kurz	163,50	165,65
Sept.-Okt.	45,20	45,10	London kurz	20,375	20,38
Spiritus			London lang	20,28	20,285
April-Mai	96,90	97,30	Russische 5%		
Mai-Juni	97,50	97,90	SW-B. g. A.	50,60	51,00
April-Mai	30,80	30,70	Danz. Privat-		
Mai-Juni	31,30	31,20	bank	137,00	137,00
4% Consols	106,90	107,00	D. Oelmühle	119,90	119,50
3½% westpr.			do. Priorit.	113,75	113,75
Pfandbr.	98,60	98,70	MlawkaSt-P	106,40	106,50
do. II.	98,60	98,70	do. St-A	49,10	50,50
do. neue	98,60	98,70	Ostpr. Südb.		
5% Rum.G.-R.	91,50	91,90	Stamm-A.	74,25	75,40
Ung. 4% Gldr.	77,10	77,30	1884er Russ.	87,80	88,60

Danziger Stadtanleihe 103,60.
Fondsbörse: befestigt.

Berlin, 26. Februar.
Wochenübersicht der Reichsbank vom 23. Februar.

Activa.	Status v. 23. Febr.	Status v. 15. Febr.
1. Metallbestand (der Bestand an coursfähigem deutschen Gelde u. an Gold in Barren oder ausländischen Münzen) das Pfund fein zu 1392 M berechnet M	855 364 000	844 816 000
2. Bestand an Reichskassensch.	20 677 000	19 699 000
3. Bestand an Noten and. Banken	10 198 000	11 440 000
4. Bestand an Wechseln	428 490 000	436 250 000
5. Bestand an Lombardforder.	42 986 000	45 499 000
6. Bestand an Effecten	9 322 000	8 904 000
7. Bestand an sonstigen Activen	37 077 000	37 183 000
Passiva.		
8. Das Grundkapital	120 000 000	120 000 000
9. Der Reservefond	22 872 000	22 872 000
10. Der Betrag der umlauf. Noten	812 177 000	822 894 000
11. Die sonstigen täglich fälligen Verbindlichkeiten	439 219 000	428 464 000
12. Die sonstigen Passiven	442 000	446 000

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 28. Februar.

Weizen loco unverändert, per Tonne von 1000 Kilogr.

feinglasig u. weiß	126—135℔	128—158 M Br.	117—155 M bez.
hochbunt	126—135℔	128—158 M Br.	
hellbunt	126—133℔	126—156 M Br.	
bunt	126—133℔	124—154 M Br.	
roth	125—135℔	124—156 M Br.	
ordinär	126—132℔	106—140 M Br.	

Regulirungspreis 126℔ bunt lieferbar transit 122 M, inländ. 150 M.

Auf Lieferung 126℔ bunt per April-Mai inländisch 156 M Br., 155½ M Gd., transit 127½ M Br., 127 M Gd., per Mai-Juni transit 129 M Br., 128½ M Gd., per Juni-Juli transit 130½ M Br., 130 M Gd., per Septbr.-Okt. transit 133½ M Br., 133 M Gd.

Roggen loco unverändert, per Tonne von 1000 Kgr. grobkörnig per 120℔ inländischer 99—100 M, transit 72 M

Regulirungspreis 120℔ lieferbar inländischer 99 M, unterpoln. 74 M, transit 72 M

Auf Lieferung per April-Mai inländisch 104½ M Br., 104 M Gd., unterpoln. 74½ M Br., 74 M Gd., transit 72½ M Br., 72 M Gd., per Mai-Juni inländ. 106 M Br., 105½ M Gd.

Gerste per Tonne von 1000 Kilogr. große 112/15℔ 100—105 M, kleine 111/12℔ 96 M, russ. 112/20℔ 84—85 M, Futter- transit 73—75 M

Erbsen per Tonne von 1000 Kilogr. weiße Koch- transit 90 M, Futter- transit 85 M

Hafer per Tonne von 1000 Kilogr. inländ. 97 M

Kleesaat per 100 Kilogr. weiß 44 M, roth 30—70 M

Kleie per 50 Kilogr. 3—3,90 M

Spiritus per 10000 % Liter loco contingentirt 47 M bez., nicht contingentirt 28 M bez.

Rohzucker ruhig, geschäftslos.

Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft.

Danzig, 28. Februar.

Getreidebörse. (H. v. Morstein.) Wetter: klares Frostwetter. Wind: Osten.

Weizen. Trotz kleinen Angebots hatte inländischer Weizen schweren Verkauf und sind Preise schwach behauptet. Transit, gleichfalls wenig zugeführt, erzielte unveränderte Preise. Bezahlt wurde für inländischen hellbunt 122℔ 145 M, 128/9℔ 153 M, 130/1℔ 155 M, hochbunt 128℔ 154 M, roth 130℔ 152 M, für polnischen zum Transit blauspitzig 121℔ 100 M, bunt stark besetzt 122℔ 104 M, bezogen 130/1℔ 117 M, bunt besetzt 130℔ 125 M, gutbunt 125℔ 120 M, 127/8℔ 124 M, 130/1℔ 126 M, glasig 124/5℔ u. 125℔ 123 M, 126/7℔ 125 M, 130/1 126 M, hellbunt 123/4℔ 121 M, 128/9℔ 125 M, 129/30℔ 127 M, hochbunt 129℔ 128 M, hochbunt glasig 131℔ 132 M per Tonne. Termine: April-Mai inländ. 155½ M bez., transit 127½ M bez., Mai-Juni transit 129 M Br., 128½ M Gd., Juni-Juli transit 130½ M Br., 130 M Gd., Septbr.-Oktbr. transit 133 M bez. Regulirungspreis inländisch 150 M, transit 122 M

Roggen inländischer unverändert, Transit flauer. Bezahlt ist inländischer 120/1℔, 121℔ und 122℔ 99 M, 124℔ und 125℔ 100 M, polnischer zum Transit 122℔ 72 M Alles per 120℔ per Tonne. Termine April-Mai inländ. 104½ M Br., 104 M Gd., unterpolnisch 74½ M Br., 74 M Gd., transit 72½ M Br., 72 M Gd., Mai-Juni inländ. 106 M Br., 105½ M Gd. Regulirungspreis inländisch 99 M, unterpolnisch 74 M, transit 72 M

Gerste ist gehandelt inländ. kleine hell 111/12℔ und 114℔ 96 M, große 112℔ 100 M, 113/4℔ 102 M, hell 115℔ 105 M, polnische zum Transit 112℔ 84 M, hell 113℔ 87 M, 113/4℔ 89 M, weiß 113℔ u. 114℔ 92 M, 120℔ 95 M, Futter- 73, 75 M per Tonne. — Hafer inländischer 97 M per To. bez. — Erbsen polnische zum Transit Koch- 90 M, Futter- 85 M per Tonne gehandelt. — Pferdebohnen inländ. 107, 110 M per To. bezahlt. — Senf russischer braun besetzt 102 M per To. gehandelt. — Kleesaaten weiß 22 M, roth 15, 25, 28, 30, 35 M per 50 Kilo bezahlt. — Weizenkleie grobe 3,65, 3,70, 3,90 M, mittel 3,45 M, feine 3 M per 50 Kilo gehandelt. — Spiritus loco contingentirter 47 M bezahlt, nicht contingentirter 28 M bezahlt.

Viehmarkt.

Berlin, 27. Febr. (Städt. Central-Viehhof. Amtlicher Bericht der Direction.) Zum Verkauf standen: 4415 Rinder 10 511 Schweine, 1392 Kälber und 12 346 Hammel. — Rinder sehr schleppend und flau; der Markt wird nicht geräumt. 1. Qual. 47—50, 2. Qual. 40—45, 3. Qual. 35—37, 4. Qual. 30—33 M per 100 ℔ Fleischgewicht. — Schweine wurden bei mittelmäßigem Export zu Preisen des vorigen Montags und (bei mattem Schluß des Markts) so ziemlich geräumt. 1. Qual. 43—44, 2. Qual. 40—42, 3. Qual. 36—39 M per 100 ℔ mit 20 % Tara. — Der Kälberhandel gestaltete sich ruhig. 1. Qual. 41 bis 51 Pf., 2. Qualität 31 bis 39 Pf. per ℔ Fleischgewicht. — Das Hammelgeschäft verlief wiederum sehr schleppend, namentlich war feine, für den Export geeignete Waare schwerer verkäuflich und verblieb ziemlicher Ueberstand. 1. Qualität 39—43, beste Lämmer bis 46, 2. Qual. 28—38 Pf. per ℔ Fleischgewicht.

Kartoffel- und Weizenstärke.

Berlin, 26. Februar. (Original-Wochenbericht für Stärke und Stärkefabrikate von Max Sabersky, unter Zuziehung der hiesigen Stärkehändler festgestellt.) 1. Qual. Kartoffelmehl 18,25 bis 18,75 M, 1. Qual. Kartoffelstärke 18,25 bis 18,75 M, 2. Qual. Kartoffelstärke und Mehl 17,00 bis 17,50 M, feuchte Kartoffelstärke loco Parität Berlin 10,60 bis 10,80 M je nach Lage der Abgangsstation, gelber Syrup 22,00 bis 23,00 M, Capillair-Syrup 24,00 bis 24,50 M, do. Export 25,00 bis 25,50 M, Kartoffelzucker-Capillair 23,50 bis 25,00 M, do. gelber 1. Qualität 22,00 bis 23,00 M, Rum-Couleur 33,00 bis 40 M, Bier-Couleur 33 bis 40 M, Dextrin gelb und weiß 1. Qual. 26,50 bis 27,50 M, do. Secunda 23,50 bis 25,50 M, Weizenstärke (kleinst.) 32 bis 34 M, do. (großstück.) 37 bis 40 M, Hallesche und Schlesische —, Schabestärke 28 bis 30 M, Maisstärke 30 M, Reisstärke (Strahlen) 42 bis 44 M, do. (Stücken) 41 bis 42 M Alles per 100 Kilo ab Bahn bei Partien von mindestens 10 000 Kilogramm.

Schiffsliste.

Neufahrwasser, 27. Februar. Wind: SO.

Angekommen: Wilhelm (SD.), Dahmke, Lübeck, leer. — Nord (SD.), Hane, Kiel, leer.

Gesegelt: Cremona (SD.), Mc. Grierson, Pillau, leer.

28. Februar. Wind: SO.

Angekommen: Bjalbo (SD.), Arvidson, Landskrona, leer.

Nichts in Sicht.

Thorner Weichsel-Rapport.

Thorn, 27. Februar. Wasserstand: plus 0,90 Meter. Wind: O. Wetter: 12 Gr. Frost.

Meteorologische Depesche vom 28. Februar

Morgens 8 Uhr.
Original-Telegramm der Danziger Zeitung.

Stationen.	Bar. mm	Wind.		Wetter.	Tem. Cels.	
Mullaghmore	777	still	—	heiter	1	
Aberdeen	777	NW	1	bedeckt	1	
Christiansund	773	SW	6	wolkig	3	
Kopenhagen	777	O	3	wolkig	—4	
Stockholm	770	still	—	Nebel	—12	
Haparanda	767	S	4	wolkenlos	—11	
Petersburg	779	WNW	2	Schnee	—13	
Moskau	775	NW	1	wolkenlos	—13	
Cork, Queenstown	775	NNO	3	heiter	2	
Brest	—	—	—	—	—	
Helder	772	NO	3	wolkig	—5	
Sylt	775	OSO	4	bedeckt	—6	
Hamburg	773	O	3	wolkenlos	—12	
Swinemünde	776	ONO	4	wolkenlos	—12	1)
Neufahrwasser	779	SO	1	wolkig	—10	
Memel	780	ONO	2	heiter	—12	
Paris	—	—	—	—	—	
Münster	769	NO	4	bedeckt	—9	
Karlsruhe	765	NO	2	wolkenlos	—4	2)
Wiesbaden	766	N	1	wolkenlos	—1	3)
München	762	NO	4	bedeckt	—5	
Chemnitz	770	ONO	3	wolkig	—10	
Berlin	773	O	5	wolkenlos	—12	
Wien	769	S	2	wolkenlos	—5	
Breslau	772	O	4	wolkenlos	—15	4)
Ile d'Aix	—	—	—	—	—	
Nizza	—	—	—	—	—	
Triest	761	ONO	6	halb bed.	1	

1) Reif. 2) Reif. 3) Reif. 4) Reif.

Scala für die Windstärke: 1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Uebersicht der Witterung.

Die Wetterlage hat sich im allgemeinen wenig verändert, daher dauert die östliche Luftströmung über Mitteleuropa fort. Ueber Deutschland ist das Wetter heiter, trocken und ungewöhnlich kalt; im Norden liegt die Temperatur 7 bis 11 Grad, im Süden 2 bis 7 Grad unter der normalen. Die kälteste von den Stationen Deutschlands ist Breslau, Minus 15, die wärmste Altkirch, Minus ½ Grad.

Deutsche Seewarte.

Meteorologische Beobachtungen.

Febr.	Stde.	Barom.-Stand mm	Thermom. Celsius	Wind und Wetter.
27	4	779,0	— 6,2	SO, flau, hell und heiter.
28	8	777,8	— 10,5	„ „ „ „ bew.
	12	777,1	— 6,4	„ s. flau, „ „ „

Verantwortliche Redacteure: für den politischen Theil und vermischte Nachrichten: Dr. B. Herrmann, — das Feuilleton und Literarische: H. Röckner, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine-Theil und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inseratentheil: A. W. Kasemann, sämmtlich in Danzig.

Berliner Fondsbörse vom 27. Februar.

Die heutige Börse eröffnete in mäßig fester Haltung, doch ermattete dieselbe bald im Anschluß an den erheblichen Rückgang, welchen die Actien der russischen Bank für auswärtigen Handel sowie die russischen Fonds und Noten erfuhren. Das Geschäft entwickelte sich im allgemeinen ruhig; nur einige Ultimowerthe hatten theilweise belangreichere Umsätze für sich. Gegen Schluß trat eine kleine Befestigung der Stimmung hervor. Der Kapitalsmarkt bewahrte feste Haltung für heimische solide Anlagen, während fremde, festen Zins tragende Papiere vielfach etwas nachgeben mußten. Die Kassawerthe der übrigen Geschäftszweige blieben ruhig bei ziemlich fester Gesammthaltung. Der Privat-Discont wurde mit 1½ % notirt. Auf internationalem Gebiet gingen österreichische Creditactien nach ziemlich fester Eröffnung zu schwächerer Notiz mäßig lebhaft um; Franzosen, Lombarden, Galizier waren abgeschwächt, Gotthardbahn fest. Von den fremden Fonds lagen, wie erwähnt, russische Werthe sehr matt, ungarische Goldrente und Italiener schwächer. Deutsche und preußische Staatsfonds und inländische Eisenbahn-Obligationen waren fest und ruhig. Bankactien lagen ruhig und ziemlich fest. Industriepapiere lagen ruhig bei wenig veränderten Coursen; Montanwerthe fest; Inländische Eisenbahnactien fest und theilweise lebhafter.

Deutsche Fonds.

Deutsche Reichs-Anleihe	4	107,40
do.	3½	101,10
Konsolidirte Anleihe	4	107,00
do.	3½	101,50
Staats-Schuldscheine	3½	100,20
Ostpreuß. Prov.-Oblig.	4	—
Westpr. Prov.-Oblig.	4	103,50
Landsch. Centr.-Pfdbr.	4	102,10
Ostpreuß. Pfandbriefe	3½	98,70
Pommersche Pfandbr.	3½	99,40
do.	4	—
do.	4	—
Posensche neue Pfdbr.	4	102,90
do.	3½	99,50
Westpreuß. Pfandbriefe	3½	98,70
do. neue Pfandbr.	3½	98,70
Pomm. Rentenbriefe	4	104,30
Posensche do.	4	104,30
Preußische do.	4	104,30

Ausländische Fonds.

Oesterr. Goldrente	4	86,90
Oesterr. Papier-Rente	5	73,50
do. do.	4⅕	—
do. Silber-Rente	4⅕	63,30
Ungar. Eisenb.-Anleihe	5	99,30
do. Papierrente	5	66,40
do. Goldrente	4	77,30
Ung. Ost.-Pr. 1. Em.	5	75,10
Russ.-Engl. Anleihe 1870	5	95,00
do. do. do. 1871	5	88,80
do. do. do. 1872	5	88,80
do. do. do. 1873	5	80,50
do. do. do. 1875	4½	82,40
do. do. do. 1877	5	95,00
do. do. do. 1880	4	74,90
do. Rente 1883	6	101,90
Russ.-Engl. Anleihe 1884	5	88,60
do. Rente 1884	5	80,25
Russ. 2. Orient-Anleihe	5	49,60

Russ. 3. Orient-Anleihe	5	49,60
do. Stiegl. 5. Anleihe	5	50,60
do. do. 6. Anleihe	5	82,80
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	78,50
Poln. Liquidat.-Pfdbr.	4	50,75
Italienische Rente	5	93,80
Rumänische Anleihe	6	104,20
do. fundirte Anl.	5	103,40
do. amort. do.	5	91,70
Türk. Anleihe von 1865	1	13,65
Serbische Gold-Pfdbr.	5	81,90
do. Rente	5	77,10
do. neue Rente	5	78,80

Hypotheken-Pfandbriefe.

Danz. Hypoth.-Pfandbr.	4	—
do. do. do.	3½	—
Dtsch. Grundsch.-Pfdbr.	4	101,80
Hamb. Hyp.-Pfandbr.	4	102,50
Meininger Hyp.-Pfdbr.	4	102,00
Nordd. Grdcrdt.-Pfdbr.	4	101,80
Pomm. Hyp.-Pfandbr.	5	114,00
2. u. 4. Em.	5	109,40
2. Em.	4½	107,50
1. do.	4	100,00
Pr. Bod.-Cred.-Act.-Bk.	4½	115,30
Pr. Central-Bod.-Cred.	5	115,40
do. do. do.	4½	112,00
do. do. do.	4	102,90
Pr. Hypoth.-Actien-Bk.	4	102,50
Pr. Hypoth.-V.-A.-G.-C.	4½	103,80
do. do. do.	4	102,40
do. do. do.	3½	97,60
Stettiner Nat.-Hypoth.	5	103,60
do. do.	4½	106,00
do. do.	4	102,90
Poln. landschaftl.	5	50,40
Russ. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	86,00
Russ. Central- do.	5	64,75

Lotterie-Anleihen.

Bad. Präm.-Anl. 1867	4	139,00
Baier. Prämien-Anleihe	4	139,00
Braunschw. Pr.-Anleihe	—	98,50
Goth. Präm.-Pfandbr.	3½	105,25
Hamburg. 50thl.-Loose	3	139,50
Köln-Mind. Pr.-S.	3½	132,75
Lübecker Präm.-Anleihe	3½	127,15
Oesterr. Loose 1854	4	—
do. Cred.-L. v. 1858	—	291,30
do. Loose von 1860	5	109,50
do. do. 1864	—	272,50
Oldenburger Loose	3	132,75
Pr. Präm.-Anleihe 1855	3½	149,00
Raab-Graz 100 T.-Loose	4	96,70
Russ. Präm.-Anl. 1864	5	137,75
do. do. von 1866	5	129,?0
Ung. Loose	—	208,25

Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Actien.

		Div. 1886.
Aachen-Mastricht	49,75	1⅞
Berl.-Dresd.	—	4
Mainz-Ludwigshafen	103,70	3½
Marienbg-Mlawka St.-A.	50,50	¼
do. do. St.-Pr.	106,50	5
Nordhausen-Erfurt	—	4
do. St.-Pr.	—	5
Ostpreuß. Südbahn	75,40	—
do. St.-Pr.	109,25	2
Saal-Bahn St.-Pr.	50,30	—
do. St.-A.	106,90	3½
Stargard-Posen	105,25	4½
Weimar-Gera gar.	24,10	—
do. St.-Pr.	84,90	2⅚

† Zinsen vom Staate gar.

		Div. 1886.
Galizier	77,10	5
Gotthardbahn	—	—
†Kronpr.-Rud.-Bahn	71,80	4½
Lüttich-Limburg	15,60	—
Oesterr.-Franz. St.	86,80	3½
do. Nordwestbahn	—	—
do. Lit. B.	—	—
†Reichenb.-Pardub.	—	3,81
†Russ. Staatsbahnen	110,50	—
Russ. Südwestbahn	60,90	—
Schweiz. Unionb.	—	—
do. Westb.	32,10	—
Südösterr. Lombard	31,00	—
Warschau-Wien	127,75	15

Ausländische Prioritäts-Actien.

Gotthard-Bahn	5	107,10
†Kasch.-Oderb. gar. s.	5	79,50
do. do. Gold-Pr.	5	102,70
†Kronpr.-Rudolf-Bahn	4	71,50
†Oesterr.-Fr.-Staatsb.	3	79,50
†Oesterr. Nordwestbahn	5	85,00
do. Elbthalb.	5	83,20
†Südösterr. B. Lomb.	3	56,60
† do. 5% Oblig.	5	101,75
†Ungar. Nordostbahn	5	75,30
† do. do. Gold-Pr.	5	101,30
Brest-Grajewo	5	77,60
†Charkow-Azow rtl.	5	87,60
†Kursk-Charkow	5	86,25
†Kursk-Kiew	4	79,90
†Mosko-Rjäsan	4	85,40
†Mosko-Smolensk	5	85,25
Rybinsk-Bologone	5	74,75
†Rjäsan-Koslow	4	81,50
†Warschau-Terespol	5	86,40

Bank- und Industrie-Actien.

Berliner Kassen-Verein	132,90	5¼
Berliner Handelsges.	152,90	9
Berl. Prod.- u. Hand.-A.	90,75	4½
Bremer Bank	95,75	5¼
Bresl. Diskontobank	90,75	5
Danziger Privatbank	137,00	10
Darmstädter Bank	140,75	6
Deutsche Genossensch.-B.	121,50	6⅓
do. Bank	163,60	8
do. Effecten u. W.	113,40	6
do. Reichsbank	134,50	5,29
do. Hypoth.-Bank	103,50	5
Disconto-Command.	192,80	10
Gothaer Grundcr.-Bk.	57,30	—
Hamb. Commerz.-Bank	120,30	6⅓
Hannöversche Bank	113,60	5
Königsb. Vereins-Bank	107,50	6
Lübecker Comm.-Bank	102,50	—
Magdebg. Privat-Bank	114,10	4⁷⁄₁₀
Meininger Hypoth.-Bk.	96,00	4⅔
Norddeutsche Bank	150,50	7
Oesterr. Credit-Anstalt	139,10	8,12
Pomm. Hyp.-Act.-Bank	53,75	2
Posener Provinz.-Bank	—	5½
Preuß. Boden-Credit	109,50	5½
Pr. Centr.-Boden-Cred.	135,70	4
Schaffhaus. Bankverein	91,25	8⅔
Schlesischer Bankverein	108,75	5½
Südd. Bod.-Credit-Bk.	—	6½
Danziger Oelmühle	119,50	9
do. Prioritäts-Act.	113,75	6
Actien der Colonia	7850	60
Leipziger Feuer-Versich.	15750	60
Bauverein Passage	63,00	2½
Deutsche Baugesellschaft	88,50	4
A. B. Omnibusgesellsch.	173,00	10
Gr. Berlin. Pferdebahn	265,75	11¼
Berlin. Pappen-Fabrik	97,00	5

Wilhelmshütte	102,90	—
Oberschles. Eisenb.-B.	52,50	—

Berg- und Hüttengesellschaften.

		Div. 1886.
Dortm. Union-Bgb.	—	—
Königs- u. Laurahütte	90,30	1½
Stolberg, Zink	36,40	1½
do. St.-Pr.	108,00	—
Victoria-Hütte	—	6

Wechsel-Cours vom 27. Februar.

Amsterdam	8 Tg.	2½	168,95
do.	2 Mon.	2½	168,30
London	8 Tg.	2½	20,38
do.	3 Mon.	2½	20,285
Paris	8 Tg.	2½	80,65
Brüssel	8 Tg.	2½	80,60
do.	2 Mon.	2½	80,30
Wien	8 Tg.	4	160,55
do.	2 Mon.	4	159,70
Petersburg	3 Wch.	5	165,30
do.	3 Mon.	5	164,25
Warschau	8 Tg.	5	165,65

Discont der Reichsbank 3 %.

Sorten.

Dukaten	—
Sovereigns	—
20-Francs-St.	—
Imperials per 500 Gr.	—
Dollar	4,17
Englische Banknoten	20,385
Französische Banknoten	80,85
Oesterreichische Banknoten	161,00
do. Silbergulden	—
Russische Banknoten	165,85

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.
Hierzu eine Beilage.

Beilage zu Nr. 16945 der Danziger Zeitung.

Dienstag, 28. Februar 1888.

Reichstag.

47. Sitzung vom 27. Februar.

In dritter Berathung wird der vom Abg. **Goldschmidt** eingebrachte G.-E. genehmigt, nach welchem das Gesetz über den Verkehr mit blei- und zinkhaltigen Gegenständen für den Handel mit auf Lager befindlichen Conserven erst am 1. Oktober 1889 in Kraft treten soll.

Dritte Berathung des G.-E. betreffend den **Schutz der Vögel.**

In der Generaldiscussion erklären die Abgg. **Baumbach** und **Meyer-Halle**, auf die Wiedereinbringung ihrer Anträge auf weitere Einschränkung des Krammetsvogelfanges zu verzichten, da bei der Stimmung des Hauses ihre Annahme ausgeschlossen sei.

Das Gesetz wird nach kurzer Debatte in der Fassung, in der es aus der 2. Lesung hervorgegangen ist, angenommen; ebenso die **Resolution**, „den Bundesrath zu ersuchen, möglichst bald auf Grund vorstehenden Reichsgesetzes internationale Verträge zum Schutze der nützlichen Vögel abschließen und hierbei thunlichst berücksichtigen zu wollen, daß die festzusetzenden Schonzeiten gemäß dem Verweilen der Vögel in den verschiedenen Ländern geregelt werden.“

Erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die **Löschung nicht mehr bestehender Firmen im Handelsregister.** Die Art. 25 und 26 des Handelsgesetzbuches reichen nicht aus, um zu verhindern, daß das Handelsregister fast überall eine große Zahl erloschener Firmen enthält. Nunmehr soll das Gericht das Erlöschen der Firma von Amts wegen eintragen, nachdem zum Widerspruch ausreichende Fristen abgelaufen sind und das Gericht über den etwaigen Widerspruch entschieden hat.

Die Abgg. **Webske** (n.-l.) und **Klemm** (conf.) wünschen, daß zwischen der ersten und zweiten Berathung ein Zwischenraum von einigen Tagen liege.

Abg. **Meyer-Halle** (freis.): Der Mißstand, daß Firmen im Register fortgeführt werden, die erloschen sind, dehnt sich auch aus auf Actien-Gesellschaften und Commandit-Gesellschaften auf Actien. Dies ist eine sehr mißliche Angelegenheit und hierauf bezieht sich auch mein Amendement, das Ihnen bald zugehen wird.

Die zweite Lesung wird vertagt.

Zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die unter **Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfindenden Gerichtsverhandlungen.**

Nach Art. I. sollen die §§ 173—176 und § 195 des Gerichtsverfassungsgesetzes geändert werden. — § 173 soll in Zukunft lauten: „In allen Sachen kann durch das Gericht für die Verhandlung oder für einen Theil derselben die Oeffentlichkeit ausgeschlossen werden, wenn sie eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung, **insbesondere der Staatssicherheit** oder eine Gefährdung der Sittlichkeit besorgen läßt.“ (Die fett gedruckten Worte sind die vorgeschlagene Aenderung.)

Ref. **v. Cuny** (nat.-lib.) hebt hervor, daß die Aenderung des § 173 rein redactioneller Natur sei. Den Regierungen und der Commission hat es fern gelegen, die Voraussetzungen, unter welchen die Oeffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen ausgeschlossen werden kann, irgendwie zu erweitern.

Abg. **Pfafferott** (Cent.): Es handelt sich hier um eine weitere Einschränkung der Oeffentlichkeit im strafprozessualischen Verfahren, der wesentlichsten Garantie unserer modernen Rechtsprechung. Täusche ich mich nicht, so will man durch diesen § 173 bewirken, daß gewisse Zirkel der politischen Geheimpolizei nicht gestört werden. Amendements zu diesem G.-E. stelle ich nicht, weil ich ihn nicht für verbesserungsfähig halte.

Abg. **Reinbaben** (Reichsp.) vertritt den Standpunkt der Commission.

Abg. **Rintelen** (Centr.): Der Entwurf hat eine eminent politische Bedeutung. Er weicht zurück von den Principien, auf welchen die neue Rechtspflege des deutschen Reiches aufgebaut worden ist. Er kann zur Folge haben, daß sämmtliche politischen Prozesse geheim behandelt werden, und daß überhaupt alles todtgeschwiegen werden muß, was in solchen Verhandlungen vorgegangen ist. Ich glaube aber, daß dieser Paragraph eine weitergehende Bedeutung haben wird. In dieser Beziehung muß ich einige Beispiele mittheilen, welche in dem Commissionsbericht nur ganz allgemein berührt sind. Der Vertreter der verbündeten Regierungen hat uns mitgetheilt, es sei höchst gefährlich, wenn ein geheimer Criminalbeamter in einer öffentlichen Sitzung als Zeuge auftrete. Ein solcher Beamter sei künftig nicht mehr zu brauchen, weil er dann kein geheimer Polizeibeamter sei. So sei die Staatssicherheit gefährdet, weil dieser tüchtige Polizeibeamte nicht mehr zu verwerthen sei. Dann wurde anknüpfend an den Fall Rumpff hingewiesen auf die Gefährdung der Polizeibeamten in Folge ihrer Zugeständnisse vor Gericht. Dieser Fall trifft aber bei sämmtlichen Untersuchungen zu. Ein preußischer Abgeordneter liegt noch jetzt krank darnieder, weil er wegen eines Zeugnisses angefallen und derartig bearbeitet ist, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wurde. Will man das deutsche Reich gegen die ausländische Spionage schützen, so ist der § 173 in dieser Form entbehrlich. Unparteiische Richter haben mir wiederholt mitgetheilt, daß sie die Tendenz dieses Gesetzes nicht begreifen können. Sie sehen darin eine Schädigung des Ansehens der Gerichte. Ich kann Ihnen nur empfehlen, den § 173 abzulehnen.

Geh. Legationsrath **Kayser** bedauert, daß der Vorredner Mittheilungen, welche die Regierung in der Commission nur „vertraulich“ gemacht, hier in die Oeffentlichkeit gebracht hat. Er könne ihm nicht folgen, sondern nur sagen, daß er die Thatsachen zum Theil unrichtig wiedergegeben hat. Die verbündeten Regierungen legen aber den größten Werth darauf, daß nicht bloß die äußere Sicherheit des Reiches und der Staaten, sondern auch ihre innere Sicherheit geschützt werde.

Abg. **Hahn** (conf.): Die Veränderung, welche in dem § 173 vorgenommen ist, ist nur redactionell. Ein Attentat auf die Oeffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen wird nicht geplant.

Abg. **Munckel** (freis.): Ich habe keinen Anlaß zu bezweifeln, daß der Vorschlag der Regierungen bezüglich des Schweigegebotes von wohlwollenden Tendenzen eingegeben ist. Andererseits aber ergiebt sich aus den folgenden Paragraphen, daß die Besorgniß einer weiteren Beschränkung der Oeffentlichkeit nicht unbegründet ist. Jetzt handelt es sich darum, ob wir bei einer bestimmten Kategorie von Ausschließungsgründen strenger verfahren wollen, als bei den übrigen Ausschließungsgründen. Das thun wir, indem wir den § 173 annehmen, und wir müssen uns schon jetzt schlüssig machen, wie wir diese Ausnahme bezeichnen wollen. Ich stimme gegen diesen Paragraphen, weil ich überhaupt nicht anerkennen will, daß ein aus der öffentlichen Ordnung hergeleiteter Grund der Ausschließung der Oeffentlichkeit schwerere Folgen nach sich ziehen kann, als ein anderer.

Abg. **Kulemann** (nat.-lib.): Wir haben uns alle an einen falschen Abstractivismus gewöhnt, daß wir bestimmte Forderungen aufstellen und sie dann nicht mehr prüfen, sondern die Principien, die wir abstrahirt haben, vielmehr als Selbstzweck ansehen. Hier handelt es sich einfach darum, ob in concreto die Ausnahmebestimmung eine nützliche ist. Bejahen wir diese Frage und schließen die Oeffentlichkeit in ein paar Procent der Fälle aus, so ist das Princip der Oeffentlichkeit damit nicht berührt.

Abg. **Windthorst**: Ich kann nur auf das tiefste bedauern, daß uns diese Vorlage gemacht worden ist. Gerade bei politischen Prozessen ist die Oeffentlichkeit des Gerichtsverfahrens durchaus nothwendig. In der Oeffentlichkeit liegt die Garantie, daß das ganze Verfahren vor der öffentlichen Meinung gerechtfertigt werden kann, daß die Richter sich klar machen, wie sie vor der öffentlichen Meinung bestehen können. Ich kann nur für die Anträge Munckel stimmen, welche bei Landesverrathsprozessen die Ausschließung der Oeffentlichkeit zulassen wollen.

Geheimrath **v. Lenthe**: Daß die Gerichte demnächst mehr politische Prozesse nicht öffentlich verhandeln werden als jetzt, ist in keiner Weise erwiesen. So hoch man die Oeffentlichkeit des Gerichtsverfahrens auch stets angeschlagen hat, so hat man doch immer die Berechtigung von Ausnahmen anerkannt. Mit diesem Gesetzentwurf wird also kein Einbruch in das Prinzip gemacht.

Abg. **Meyer-Jena** (n.-l.): Die ganze Tragweite des Gesetzes wird von den Gegnern überschätzt, wenn sie meinen, daß in allen Fällen, wo politische Dinge in Frage kommen, die Oeffentlichkeit ausgeschlossen werden soll. Ich habe kein solches Mißtrauen gegen unsere Gerichte, ich vertraue darauf, daß sie die Bestimmungen zweckmäßig handhaben werden. Im vorigen Jahre habe ich auch manche Bedenken gegen die ursprüngliche Vorlage gehabt, die Regierung hat aber dieselben beseitigt.

Abg. **Meyer-Halle** (freis.): Hr. Meyer-Jena sagt, er habe ursprünglich auch Bedenken gegen das Gesetz gehabt, sie seien inzwischen beseitigt. Das liegt an seiner Parteistellung. Die drei Seiten hier gruppiren sich so, daß man auf der rechten Seite von vornherein keine Bedenken hat, daß man auf unserer Seite stets Bedenken hat und sie festhält, und daß man bei den Nationalliberalen erst Bedenken hat und sie dann beseitigt. Das Wunderbarste dabei ist, man ist im Anfang ebenso stolz darauf, daß man die Bedenken hegt, wie nachher darauf, daß man sie glücklich beseitigt hat. (Heiterkeit.) Es kommt doch nicht darauf an, die Bedenken beseitigt zu sehen, sondern darauf, die Gründe für die Annahme des Gesetzes zu entwickeln. Und das wird Ihnen hier schwer werden. Wenn das Gesetz keinen weiteren Ausschluß der Oeffentlichkeit will, so lassen wir es doch dabei bestehen. Die Oeffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen war einst einer der wesentlichsten Punkte in jedem politischen Parteiprogramm. Man sagte sich früher eben, eine gute Rechtspflege könne das Licht der Oeffentlichkeit vertragen, brauche es nicht zu scheuen. Bei politischen Prozessen thut dem Richter am meisten Unbefangenheit noth. Wir haben deshalb diese Prozesse den Berufsrichtern entziehen wollen. Dieses Gesetz nimmt uns die einzige Garantie für Rechtssicherheit in politischen Prozessen. Hier in der Debatte schwächen Sie die Bedeutung dieses Gesetzes ab. Aber ganz anders, weit schlimmer, als Sie jetzt glauben, wird die praktische Anwendung desselben seitens des Staatsanwalts und der Gerichte sein. Sie treiben Opportunitätspolitik, indem Sie dieses Gesetz annehmen und indem Sie damit gewissen Wünschen entgegenkommen, die ich für höchst verhängnißvoll halte. (Bravo!)

Abg. **Klemm** (conf.) bestreitet nochmals, daß dieser Gesetzentwurf einen Einbruch in das Princip der Oeffentlichkeit darstelle.

Abg. **Windthorst**: Wenn durch das gegenwärtige Gesetz an dem bestehenden Zustande nichts geändert wird, warum diese neue Redaction? Dann lasse man es bei dem Bestehenden, was nach meiner Ansicht vollkommen genügt.

Bei der Abstimmung über einen Schlußantrag bezweifelt Abg. Meyer-Halle die Beschlußfähigkeit des Hauses. Die Auszählung ergiebt die Anwesenheit von nur 145 Mitgliedern. Die Sitzung wird deshalb abgebrochen.

Nächste Sitzung: **Dienstag.**

XIX. Vereinstag des Deutschen Nautischen Vereins.

E. **Berlin**, 27. Februar.

Der bisherige Vorsitzende, Commerzienrath Consul Sartori (Kiel) eröffnete heute im „Kaiserhof“ die Verhandlungen und stellte fest, daß folgende Vereine und Körperschaften vertreten sind: Nautischer Verein (Berlin), Rhederverein zu Bremen, Handelskammer zu Bremen, Nautischer Verein zu Danzig, Nautischer Verein zu Hamburg, Verein Hamburger Rheder, Nautischer Verein zu Kiel, Nautischer Verein zu Lübeck, Nautischer Verein zu Rostock, Nautischer Verein zu Stettin, Nautischer Verein zu Rügenwalde.

Außerdem nehmen an den Verhandlungen Theil der Ministerresident Dr. Krüger, die Geheimräthe Hopf, Donner, Gäbel vom Reichsamt des Innern bezw. vom Reichsversicherungsamt, sowie der Decernent für die Seeberufsgenossenschaft im Reichsversicherungsamt Assessor Kaufmann.

Der vom Vorsitzenden erstattete **Jahresbericht** verbreitet sich vorzugsweise über die Ausführung des Seeunfallversicherungsgesetzes. Ferner wird in dem Bericht constatirt, daß der Beschluß des vorjährigen Vereinstages über eine Abänderung der Prüfungsvorschriften für Seeschiffer und Seesteuerleute durch die inzwischen im Reichsgesetzblatt veröffentlichten Vorschriften über den Nachweis der Befähigung als Seeschiffer und Seesteuermann vollständige Berücksichtigung gefunden hat. Auch der Antrag des Nautischen Vereins bezüglich „der Anbringung der Seitenlichter im Verhältniß zum Topplicht auf Dampfern“ ist seitens der Reichsregierung in ernste Prüfung gezogen,

welche indeß noch nicht abgeschlossen ist. Ebenso hat die dänische Regierung der deutschen versprochen, eine bessere Beleuchtung des südlichen Endes des Großen Belt und des benachbarten Theiles des Belts von Langeland vorzunehmen, wie das vom vorjährigen Nautischen Vereinstag für nothwendig erklärt wurde.

Es wird am Schluß des Berichts mitgetheilt, daß leider seit dem letzten Vereinstag 3 Vereine sich aufgelöst resp. wegen zu geringer finanzieller Mittel ihren Austritt aus dem Gesammtverein erklärt haben: Die Vereine von Memel, Vegesack, Stralsund.

Zum Vorsitzenden wird hierauf definitiv Consul Sartori (Kiel) erwählt, zu Schriftführern die Herren Dr. Nolte (Hamburg), Wiese (Rostock), Hansen (Kiel.)

Als Referent für den 1. Gegenstand: **Die Abänderung der deutschen Schiffsvermessungsordnung**, fungirt der Schiffsbaumeister Kraus, Experte des Nordd. Lloyd. Er hebt hervor, daß die Wasserballasträume bei der Vermessung nicht mitgerechnet werden dürften. Im übrigen sei gegen die neue Vermessungsordnung nicht viel einzuwenden; nur sei zu beklagen, daß in dem englischen Vermessungswesen außerordentlich viel Willkür herrsche. Der Geh. Rath Donner aus dem Reichsamt des Innern theilt mit, daß es in der Absicht der Reichsbehörden liege, um den deutschen Schiffen alle Vortheile zu gute kommen zu lassen, welche etwa in der günstigeren englischen Schiffsvermessungsordnung liegen möchten, in Zukunft die deutschen Schiffe auf ihr Verlangen mit 2 verschiedenen Meßbriefen auszustatten, mit einem deutschen nach der deutschen Vermessungsordnung und einem englischen nach der englischen Ordnung. Auf die Frage, ob das Ausland auch die deutschen Meßbriefe respectiren werde, erklärt Hr. Donner, daß das zweifellos sei, widrigenfalls würde eben Deutschland auch den betreffenden fremden Ländern die Gegenseitigkeit kündigen.

Es wird hierauf beschlossen, eine kleine Commission von 5 Personen einzusetzen, welche dem Bundesrath die Wünsche der nautischen Kreise bezüglich der neuen Vermessungsordnung mittheilen soll, und zwar soll die Commission in Berlin tagen, damit das Reichsamt des Innern sich durch Delegirte daran betheiligen könne.

Ueber den zweiten Gegenstand der Tagesordnung: **Die Verhütung der Kohlengasexplosionen auf Dampfschiffen**, referirt Hr. Wessels (Bremen), der feststellt, daß leider noch nichts Bestimmtes über die Ursache der Explosionen resp. der Selbstentzündung von Kohlen feststehe, daß man aber schon genügende Erfahrungen gemacht habe, um folgenden Beschluß fassen zu können: „In Erwägung, daß über die Ursachen der Selbstentzündung und Explosion von in Schiffen verladenen Steinkohlen noch sehr viele Zweifel herrschen und daß aus diesem Grunde zur Verhütung von derartigen Selbstentzündungen und Explosionen keinerlei Mittel, von denen man sich wirklichen Erfolg versprechen könnte, anzugeben sind, beschließt der Nautische Vereinstag, daß zur Zeit von irgend welchen Vorschriften bezüglich der Stauung und Ventilation in Schiffen abzusehen ist. Den Capitänen von mit Steinkohlen beladenen Schiffen wird jedoch empfohlen, besonders im Anfang der Reise, die Luken, wenn irgend möglich, offen zu halten, um das Entweichen der sich entwickelnden Gase zu erleichtern. Wünschenswerth erscheint es ferner, in allen Luken des Schiffes bis auf die Bauchdielen reichende eiserne, etwa 4 Ctm. im Durchmesser haltende durchlöcherte Röhren aufzustellen und durch Hinabsenken eines Thermometers in dieselben täglich die Temperatur der Kohlenladung in mindestens zwei verschiedenen Höhen zu ermitteln, um aus diesen Ermittelungen auf die drohende Gefahr einer Selbstentzündung schließen und geeignete Maßregeln zur Verhütung oder Einschränkung derselben ergreifen zu können.“ — Nach kurzer Discussion wird dieser Beschluß gefaßt.

Hierauf hält Hr. Inspector Meyer aus Hamburg einen ungemein interessanten Vortrag über **die Verwendung von Oel auf See zur Beruhigung der Wellen.** An der Thatsache sei garnicht mehr zu zweifeln, und nur bei solchen Schiffern, welche niemals einen derartigen Versuch gemacht oder gesehen hätten, beständen noch hie und da Zweifel. Der Vortragende verliest eine Menge eingehender Berichte deutscher und englischer Dampferkapitäne, welche die überraschende Wirkung von Oel bei hohem Seegang und namentlich bei überbrechender See schlagend nachweisen. Die Versammlung beschließt im Anschluß an diesen Vortrag, der deutschen Seemannswelt dringend die Mitnahme eines größeren Vorraths von Oel, als zur Beleuchtung nothwendig ist, zu empfehlen, um in jedem Falle dringender Gefahr Oel zur Beruhigung der Wellen zu benutzen.

Der vom Danziger Nautischen Verein gestellte dringende Antrag, den Bundesrath zu ersuchen, auf der **Landspitze von Hela eine Nebelstation** und in der Frischen Nehrung bei **Kahlberg ein Leuchtfeuer** zu errichten, wird ohne Debatte einstimmig angenommen, weil die Nothwendigkeit solcher Sicherheitsmaßregeln allgemein anerkannt wurde.

Morgen findet die „Berathung der Alters- und Invaliditätsversicherung für Seeleute“ statt.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 27. Febr. Getreidemarkt. **Weizen** loco fest, holsteinischer loco 162 bis 172. **Roggen** loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 120 bis 126, russischer loco ruhig, 90—96. **Hafer** ruhig. **Gerste** ruhig. **Rüböl** fest, loco 47. — **Spiritus** flau, per Februar-März $19\frac{3}{4}$ Br., per März-April $19\frac{3}{4}$ Br., per April-Mai 20 Br., per Mai-Juni $20\frac{1}{4}$ Br. **Kaffee** matt. Umsatz 1500 Sack. **Petroleum** matt, Standard white loco 7,25 Br., 7,15 Gd., per August-Dezbr. 7,25 Br. — Wetter: Frost.

Hamburg, 27. Februar. **Zuckermarkt.** Rübenrohzucker 1. Product, Basis 88^{0} Rendem., frei an Bord Hamburg per März 14,70, per April 14,75, per November 12,75, per Dezember 12,65. Fest.

Hamburg, 27. Febr. **Kaffee good average Santos** per März 54, per Mai $54\frac{1}{2}$, per September $53\frac{1}{4}$, per Dezember $51\frac{3}{4}$. Behauptet.

Havre, 27. Februar. **Kaffee** good average Santos per Febr. 68,25, per Juni 68,25, per Aug. 65,75, per Dezbr. 64. Behauptet.

Bremen, 27. Februar. **Petroleum.** (Schluß-Bericht.) Höher. Standard white loco 7,30 bez.

Frankfurt a. M., 27. Februar. Effecten-Societät. (Schluß.) Creditactien $214\frac{3}{4}$, Franzosen 173, Lombarden $60\frac{5}{8}$, Aegypter 75,15, 4% ungar. Goldrente 77,15, 1880er Russen 74,90, Gotthardbahn 112,70, Disconto-Commandit 189,80, gemischte Russen 88,60, 3% portug. Staatsanleihe 59,55. Fest.

Wien, 27. Februar. (Schluß-Course.) Oesterr. Papierrente $77,57\frac{1}{2}$, do. 5% do. 92,55, do. Silberrente 78,85, 4% Goldrente 108,25, do. ungar. Goldr. $96,37\frac{1}{2}$, 5% Papierrente $82,97\frac{1}{2}$, 1854er Loose 130,50, 1860er Loose 133,00, 1864er Loose 166,50, Creditloose 176,00, ungar. Prämienloose 119,50, Creditactien 268,75, Franzosen 215,00, Lombarden 76,00, Galizier 191,50, Lemb.-Czern. 206,50, Pardub. 145,75, Nordwestbahn 152,50, Elbethalb. 155,00, Kronprinz-Rudolfbahn 178,00, Böhm. West —, Nordbahn 2445,00, Unionbank 187,70, Anglo-Aust. 99,00, Wiener Bankverein 81,75, ungar. Creditactien 270,00, deutsche Plätze 62,20, Londoner Wechsel 126,85, Pariser Wechsel 50,25, Amsterdamer Wechsel 105,30, Napoleons 10,05, Dukaten 5,98, Marknoten 62,20, russ. Banknoten $1,03\frac{3}{4}$, Silbercoupons 100,00, Länderbank 203,00, Tramway 208,50, Tabakactien 71,50.

Amsterdam, 27. Februar. Getreidemarkt. **Weizen** auf Termine niedriger, per Mai 191. **Roggen** loco und auf Termine unverändert, per März 101—102, per Oktober 103. **Raps** per Frühjahr —. **Rüböl** loco 26, per Mai $25\frac{1}{4}$, per Herbst $24\frac{1}{8}$.

Antwerpen, 27. Februar. (Schlußbericht.) **Petroleummarkt.** Raffinirtes, **Type weiß**, loco $20\frac{1}{4}$ Br., per März $18\frac{3}{4}$ Br., per April-Juni $17\frac{5}{8}$ Br., per Sept.-Dez. 18 Br. Fest.

Antwerpen, 27. Febr. (Schlußbericht.) **Weizen** unverändert. **Roggen** ruhig. **Hafer** weichend. **Gerste** unveränd.

Paris, 27. Februar. Getreidemarkt. (Schluß-Bericht.) **Weizen** ruhig, per Februar 24,10, per März 24,10, per März-Juni 24,10, per Mai-August 24,25. **Roggen** ruhig, per Febr. 14,00, per Mai-August 14,40. **Mehl** ruhig, per Februar 52,50, per März 52,40, per März-Juni 52,40, per Mai-August 52,60. **Rüböl** behpt., per Febr. 49,50, per März 49,25, per März-Juni 49,75, per Mai-August 50,75. **Spiritus** ruhig, per Februar 46,00, per März 46,50, per März-April 46,50, per Mai-August 47,00. — Wetter: Bedeckt.

Paris, 27. Februar. (Schlußcourse.) 3% amortisirbare Rente $85,07\frac{1}{2}$, 3% Rente $82,07\frac{1}{2}$, $4\frac{1}{2}$% Anleihe 106,35, italien. 5% Rente 93,20, österreichische Goldrente 87, 4% ungar. Goldrente $77\frac{1}{16}$, 4% Russen de 1880 75,85, Franzosen 428,75, Lomb. Eisenbahnactien 170,00, Lombard. Prioritäten 281,00, Convert. Türken $14,02\frac{1}{2}$, Türkenloose 35,25, Credit mobilier 300, 5% Spanier 67, Banque ottomane 499,37 Credit foncier 1370, 4% unific. Aegypter 379,37, Suez-Actien 2117, Banque de Paris 743,00, Banque d'escompte 452,00, Wechsel auf London $25,25\frac{1}{2}$, Wechsel auf deutsche Plätze (3 Mt.) $123\frac{3}{8}$, 5% privil. türk. Obligationen 362, Panama-Actien 278,12, Rio Tinto 477,50.

London, 27. Febr. Consols $102\frac{7}{16}$, 4% preuß. Consols $105\frac{1}{2}$, 5% italien. Rente $92\frac{1}{4}$, Lombarden $6\frac{3}{4}$, 5% Russen von 1871 $88\frac{1}{2}$, 5% Russen von 1872 89, 5% Russen von 1873 $89\frac{3}{4}$, Convert. Türken $13\frac{7}{8}$, 4% fundirte Amerikaner $128\frac{3}{4}$, Oesterr. Silberrente 62, Oesterr. Goldrente 86, 4% ungar. Goldrente $76\frac{1}{8}$, 4% Spanier $66\frac{3}{4}$, 5% privil. Aegypter $101\frac{1}{8}$, 4% unific. Aegypter $74\frac{3}{4}$, 3% gar. Aegypter $103\frac{1}{8}$, Ottoman-Bank $9\frac{7}{8}$, Suez-Actien $83\frac{1}{2}$, Canada Pacific $58\frac{5}{8}$, Convertirte Mexikaner $35\frac{3}{8}$. Platzdiscont 2 Proc.

London, 27. Februar. Die Getreidezufuhren betrugen in der Woche vom 18. bis zum 24. Februar: Englischer **Weizen** 2475, fremder 21 337, englische **Gerste** 760, fremde 17 459, englische **Malzgerste** 15 715, fremde —, englischer **Hafer** 614, fremder 44 027 Qrts. Englisches **Mehl** 18 697, fremdes 14 680 Sack.

London, 27. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, englischer stetig, südrussischer $\frac{1}{2}$ sh. billiger. Gerste ruhig, Mehl stetiger, Mahlgerste und Mais $\frac{1}{4}$ sh. billiger, guter Hafer fester, ordinärer ruhig.

Glasgow, 27. Februar. **Roheisen.** (Schluß.) Mixed numbers warrants 39 sh. 1 d.

Glasgow, 27. Februar. Die Verschiffungen betrugen in der vorigen Woche 5300 Tons gegen 6100 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Petersburg, 28. Febr. **Bankausweis.** Kassenbestand 46 663 211, Discontirte Wechsel 27 245 824, Vorsch. auf Waaren 57 000, do. auf öffentl. Fonds 5 604 884, do. auf Actien u. Obligationen 13 580 218, Contocurr. des Finanzministeriums 117 258 304, sonstige Contocurr. 32 690 660 verzinsliche Depots 25 588 038.

Newyork, 27. Febr. Wechsel auf London i. G. 4,85, Rother **Weizen** loco $0,90\frac{1}{2}$, per Februar $0,89\frac{5}{8}$, per März $0,89\frac{5}{8}$, per Mai $0,91\frac{1}{4}$. — **Mehl** loco 3,15. — **Mais** $0,60\frac{1}{4}$. Fracht $\frac{3}{4}$. — **Zucker** (Fair refining Muscovados) $4\frac{13}{16}$.

Newyork, 27. Februar. Visible Supply an **Weizen** 38 461 000 Bushels.

Productenmärkte.

Königsberg, 27. Februar. (v. Portatius u. Grothe.) **Weizen** per 1000 Kilogr. hochbunter 128℔ 143,50, 129℔ 148,25, 130℔ 150,50, 151,75, 153, 154 ℳ bez., bunter 124/5℔ 136,50 ℳ bez., rother 130℔ 153 ℳ bez. — **Roggen** per 1000 Kilogr. inländ. 109℔ 76,25, 110℔ 77,50, 114℔ 88,75, 117℔ 93,75, 118℔ 95, 120℔ 98, 121℔ 99,25, 122℔ 100,50, 123℔ 101,75, 124℔ 103, 103,75, 125℔ 104,25, 126℔ 106,25 ℳ bez., russ. ab Bahn 112℔ 60, 116℔ 65,50, 117℔ 66, 66,50, 119℔ 68, 121℔ 70,50, 71, 122℔ 72, 123℔ 73, 124℔ 74, 125℔ 75 ℳ bez. — **Gerste** per 1000 Kilogr. große 88,50, 91,50, 100, 101,50, 102,75 ℳ bez., kleine 73,50 ℳ bez. — **Hafer** per 1000 Kilogr. 90, 94, 96, 100, 102, russ. 71,50 ℳ bez. — **Erbsen** per 1000 Kilogr. weiße 92,25, russ. 86, 87, 88, 89, 90, fein 93, 94, 97, Victoria-105, 110 ℳ bez., graue 95,50 ℳ bez. — **Bohnen** per 1000 Kilogr. russ. Pferde- 106, 106,50 ℳ bez. — **Wicken** per 1000 Kgr. 98, russ. 80, 83,25 ℳ bez. — **Spiritus** per 10 000 Liter % ohne Faß loco contingentirt 47 ℳ Gd., nicht contingentirt $27\frac{1}{2}$ ℳ bez., per Februar contingentirt 47 ℳ Gd., nicht contingentirt $27\frac{1}{2}$ ℳ Gd., per Frühjahr contingentirt $48\frac{1}{4}$ ℳ Gd., nicht contingentirt 31 ℳ Br. — Die Notirungen für russisches Getreide gelten transito.

Stettin, 27. Febr. **Weizen** unveränd., loco 157—163, per April-Mai 165,50, per Juni-Juli 169,50. — **Roggen** ruhig, loco 100—113, per April-Mai 115, per Juni-Juli 119,50. — **Pomm. Hafer** loco 102—110. — **Rüböl** unveränd. per Februar 44,50, per April-Mai 44,50. — **Spiritus** unveränd. loco ohne Faß versteuert 96,50, do. mit 50 ℳ Consumsteuer —, do. mit 70 ℳ Consumsteuer 29,50, per April-Mai 98,00. — **Petroleum** loco verzollt 12,75.

Berlin, 27. Februar. **Weizen** loco 154—175 ℳ, per Febr. $161\frac{3}{4}$ ℳ, per April-Mai $162\frac{1}{2}$—$161\frac{3}{4}$ ℳ, per Mai-Juni $164\frac{1}{2}$—164 ℳ, per Juni-Juli $166\frac{1}{2}$—166 ℳ — **Roggen** loco 105—118 ℳ, guter inländischer 113—$114\frac{1}{2}$ ℳ, klammer inländ. 110 ℳ ab Bahn, per April-Mai 119—$119\frac{1}{4}$—119 ℳ, per Mai-Juni 121—$121\frac{1}{4}$—$120\frac{3}{4}$ ℳ, per Juni-Juli 123—$123\frac{1}{4}$—$122\frac{3}{4}$ ℳ, per Juli-August $125\frac{1}{4}$—$125\frac{1}{2}$—$124\frac{3}{4}$ ℳ — **Hafer** loco 105—128 ℳ, ost- und westpreuß. 109—114 ℳ, pommerscher und uckermärkischer 111—114 ℳ, schlesischer 110—114 ℳ, feiner schles., preuß. und pomm. 115—120 ℳ ab Bahn, per April-Mai 114—$113\frac{1}{4}$ ℳ, per Mai-Juni $115\frac{3}{4}$ ℳ nom., per Juni-Juli 118—$117\frac{1}{2}$ ℳ, per Juli-Aug. 120 ℳ — **Gerste** loco 100—175 ℳ — **Mais** loco 119—124 ℳ, per April-Mai 123 ℳ — **Kartoffelmehl** per Februar 18,30 ℳ, per April-Mai 18,50 ℳ — **Trockene Kartoffelstärke** per Februar 18,30 ℳ, per April-Mai 18,50 ℳ — **Feuchte Kartoffelstärke** per Febr. 10,80 ℳ — **Erbsen** loco Futterwaare 112—119 ℳ, Kochwaare 125—195 ℳ — **Weizenmehl** Nr. 0 21,00—19,00 ℳ, Nr. 00 23,00—21,50 ℳ — **Roggenmehl** Nr. 0 18,50 bis 17,50 ℳ, Nr. 0 und 1 16,50 bis 15,25 ℳ, ff. Marken 18,25 ℳ, per Februar 16,35 ℳ, per Febr.-März 16,35 ℳ, per April-Mai 16,55 ℳ, per Juni-Juli 18,85 ℳ — **Rüböl** loco ohne Faß 44,3 ℳ, per April-Mai 44,2—44,3 ℳ, per Mai-Juni 44,5 ℳ, per Juni-Juli 44,7 ℳ, per Sept.-Okt. 45,1 ℳ — **Petroleum** loco — ℳ — **Spiritus** loco ohne Faß 97,2 ℳ, per April-Mai 97,7—97,3 ℳ, per Mai-Juni 98,3—97,8—97,9 ℳ, unversteuert (50 ℳ) loco 47,9—47,8 ℳ, per April-Mai 49,5—49,0—49,2 ℳ, per Mai-Juni 50,3—49,8 ℳ, per Juni-Juli 50,9—50,6 ℳ, per Juli-August 51,7—51,4 ℳ, per August-Sept. 52,6—52,2 ℳ, unversteuert (70 ℳ) loco 29,8—29,6 ℳ, per April-Mai 31,0—30,7 ℳ, per Mai-Juni 31,5—31,2 ℳ, per Juni-Juli 32,3—32,0 ℳ, per Juli-August 33,2—32,8 ℳ, per Aug.-Septbr. 34,0—33,4 ℳ

Magdeburg, 27. Febr. **Zuckerbericht.** Kornzucker, excl. 92 % 24,25, Kornzucker, excl. 88 % Rendem. 23,20, Nachproducte excl. 75^{0} Rendement 19,40. Sehr fest. Gem. Raffinade mit Faß 28,50. Gem. Melis 1. mit Faß 27,25. Stetig. Rohzucker 1. Product Transito f. a. B. Hamburg per Februar 14,70 Gd., 14,90 Br., per März 14,80 bez. u. Br., per April 14,90 bez. 14,95 Br., per Juni 15,15 bez., 15,20 Br. Stetig.

Verantwortliche Redacteure: für den politischen Theil und vermischte Nachrichten: Dr. B. Herrmann, — das Feuilleton und Literarische: H. Röckner, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine-Theil und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inseratentheil: A. W. Kafemann, sämmtlich in Danzig.

Deutsche Versicherungs-Gesellschaft gegen Frost-, Hagel- und Rostschaden. Das Gesammtergebniß des Jahres 1887 war ein doppelt so großes, wie das des Jahres 1886. Die Versicherungen stiegen von 1278 des Jahres 1886 auf 2551 und die Versicherungssummen erhöhten sich im Jahre 1887 auf 11 722 330 ℳ. Insgesammt wurde die Gesellschaft von 202 Schäden betroffen, welche einschließlich der Regulirungskosten 77518,97 ℳ erforderten. Der Verwaltungsrath hat ferner die Reducirung der bisherigen Selbstversicherung bei der Frost- und Rost-Abtheilung von 37 % auf netto 25 % der Versicherungssumme beschlossen.